



Universität Potsdam

Hartmut Elsenhans

Kapitalismus kontrovers

Zerklüftung im nicht so sehr
kapitalistischen Weltsystem

Hartmut Elsenhans

Kapitalismus kontrovers

Zerklüftung im nicht so sehr kapitalistischen Weltsystem

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Welt Trends *Papiere*

Die Reihe wird herausgegeben von Azadeh Zamirad, M.A.,
Universität Potsdam, im Auftrag von *WeltTrends* e.V.

Band 9 (2009): Hartmut Elsenhans, Kapitalismus kontrovers

Satz: Martin Anselm Meyerhoff

Universitätsverlag Potsdam 2008
<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Fon +49 (0)331 977 4623 / Fax -4625,
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© 2009 *WeltTrends* e.V.

Bestellung: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de
Preis: 5 €

ISSN 1864-0656
ISBN 978-3-940793-67-6

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin	4
Zerklüftung im nicht so sehr kapitalistischen Weltsystem	5
1. Profit wegen Massenkonsum	6
2. Steigende Masseneinkommen als Voraussetzung von Kapitalismus und bürgerlicher Revolution	13
3. Homogenität ist im Kapitalismus nicht technisch bedingt	15
4. Die Entmachtung von Arbeit als Normalfall der historischen Entwicklung	16
5. Kapitalismus ist expansiv, aber nicht ansteckend	20
6. Rente als Strukturierungsmerkmal nichtkapitalistischer Gesellschaften: Von den Staatsklassen zu den neuen kulturell identitären Bewegungen	26
7. Globalisierung und Fortdauer von Renten	32
8. Kooperation und Fragmentierung der Rentiers im internationalen System	39
9. Folgen in der internationalen Politik	40
Nachwort von Kai Friedrich Schade	49

Prof. emerit. Dr. phil. Hartmut Elsenhans, geb. 1941, Hochschullehrer am Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig. Forschungsthemen: Politische Ökonomie des kapitalistischen Weltsystems, Internationale Beziehungen, Entwicklungspolitik, Indien, Algerien.

E- Mail: helsen@rz.uni-leipzig.de



Vorwort

Mit der globalen Banken- und Finanzkrise ist die Debatte um den Kapitalismus neu entfacht. Doch wie kapitalistisch ist die Weltwirtschaft und welche Folgen entstehen für die internationale Politik? Bereits mit seinem 2007 erschienenen Werk zur „Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung – Vom Zeitalter der Entdeckungen zum 1. Weltkrieg“ legt Hartmut Elsenhans eine umfangreiche Analyse der Geschichte und Bedingungen kapitalistischer Expansion vor.

Im vorliegenden Beitrag bleibt der Autor seinem interdisziplinären Ansatz treu. Als entscheidend für kapitalistisches Wachstum werden gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zwischen dominanten und subalternen Klassen erachtet. Der Kapitalismus erweist sich hier als fragiles System, dessen Entstehung nicht auf in vorkapitalistischen Gesellschaften vorhandene Interessen herrschender Klassen zurückzuführen ist, sondern ein ungeplant umgesetztes „Projekt“ der Subalternen darstellt.

Ursprünglich von der Zeitschrift *Leviathan* als Artikel angefragt, setzt sich der Autor mit der – nicht zuletzt aufgrund seiner Aktualität – brisanten Thematik auseinander. Einen Blick auf die Auseinandersetzung um den Artikel und dessen Ablehnung durch den *Leviathan* bietet das Nachwort von Kai Friedrich Schade.

Die *WeltTrends* Papiere verstehen sich als Forum für aktuelle Debatten und streitbare Positionen, die zum akademischen und politischen Diskurs beitragen. Sie ergänzen die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *WeltTrends* und zeichnen sich gleichermaßen durch redaktionelle Unabhängigkeit aus. Damit bieten die Papiere Raum für kritische Thesen und Auseinandersetzungen auch abseits des sozialwissenschaftlichen Mainstreams. Die Publikation des vorliegenden Beitrages erfolgt im Geiste des wissenschaftlichen Austausches und dient der Anregung weiterführender Debatten.

Azadeh Zamirirad
(Herausgeberin)

Kapitalismus kontrovers

Zerklüftung im nicht so sehr kapitalistischen Weltsystem*

Hartmut Elsenhans

Kapitalismus als dezentrales System der Koordination über den Markt ist durch einen Überfluss finanzieller Ressourcen stets bedroht. Kapitalismus ist eine fragile Gesellschaftsformation, deren dezentrale Steuerung komplexe Ansprüche an Proportionalität fordert. Durch Profit gesteuert, hängt Kapitalismus von der Gegenmacht der Vielen gegen die Bereicherung der Wenigen ab, die durch Verknappung von finanziellen Ressourcen zu Wettbewerb gezwungen und davon abgehalten werden, zu Rentiers zu werden: Die vereinigte Verhandlungsmacht von Seiten der Arbeit gebietet der kapitalistischen Unternehmen innewohnenden Tendenz zur Maximierung finanzieller Überschüsse immer wieder Einhalt. Diese Gegenmacht ist in vielen Gesellschaften schwach, in denen noch vorkapitalistische Strukturen dominieren und den Übergang zum Kapitalismus blockieren. Ob die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein durchgreifend kapitalistisches Weltsystem verwirklicht werden können, ist deshalb auch heute zweifelhaft. Denn, so die hier vertretene These, es würde weltweite Vollbeschäftigung erfordern. Für ein solches *Empowerment* von Arbeit aber sind die Kräfte des Kapitalismus auch in der heutigen Phase von Globalisierung zu schwach. Renten, nicht Profite bestimmen weiterhin die gesellschaftlichen Strukturen in wichtigen Regionen der Welt und wirken über das Staatensystem auf das internationale System zurück. Entwicklungen, die die weltweite Schwäche von Arbeit kompensieren könnten, wie die oft herbeigehoffte Herausbildung einer Weltzivilgesellschaft von Nichtregierungsorganisationen, sind nicht wirksam genug. Statt der Gefahr des „Turbokapitalismus“, den wir mit Staat zu bekämpfen hätten, droht eine Intensivierung des weltweiten Kampfes um Renten und eine weitere Vermachtung des internationalen Systems. Nicht mehr Staat, sondern mehr Kapitalismus als weltweites „*Empowerment* von Arbeit“ wäre die Alternative.

* Meinen Leipziger Studenten danke ich für vielfältige nachhaltige Unterstützung. Sie haben mich im Kampf für faire Kommunikation ermutigt und dokumentieren meine Auseinandersetzung mit „Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ auf ihrer Webseite „Powimag“.

1. Profit wegen Massenkonsum

Kapitalismus ist nicht durch das schrankenlose Streben der Unternehmer nach Mehrwert, nach mehr Reichtum, bestimmt. Dieses gar nicht bestrittene Streben wird durch den Druck der „Unterschichten“ nach wachsender Beteiligung am Produktionsergebnis, also die Durchsetzung von entsprechenden Masseneinkommen, beschränkt. Dieser begrenzte Rahmen für Bereicherung für „die da oben“ unterscheidet Kapitalismus von anderen Klassengesellschaften strukturell. Gleichzeitig ist Bereicherung abhängig von der Fähigkeit zu technischer Innovation für eine wachsende Nachfrage, am ehesten eine wachsende Massennachfrage. Kapitalismus als „Schwester“ der bürgerlichen Revolution schafft tendenziell alle Privilegien von Ständen und staatlich gewährten Monopolen ab. Reichtum entsteht in dieser Wirtschaftsformation als Profit.

Der Gegenbegriff zu Profit ist die Rente. Sie fällt in vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen Politik und Wirtschaft – also öffentliche und private Sphäre – nicht getrennt sind, mit der Steuer zusammen. Rente ist ein Einkommen aus dem wirtschaftlichen Überschuss, das aus Marktunvollkommenheiten, einem Monopol oder politischer Macht erzielt wird. Die bürgerliche Revolution (unabhängig von der Abstammung ihrer Führer) fordert Rechtsgleichheit und braucht dazu den Rechtsstaat. Er muss noch nicht demokratisch sein. An die Stelle des Privilegs tritt der Vertrag unter rechtlich Gleichen. Ohne rechtliche oder politische Privilegien aber können die Reichen ihren Reichtum nur noch mehr, wenn sie auf Wettbewerbsmärkten zu Preisen verkaufen, die über ihren Kosten liegen.

Die Produzenten von Konsumgütern können ihre Waren zu höheren Preisen als die Kosten der von ihnen bezahlten Löhne¹ und Vorprodukte verkaufen, wenn über die in diesen Waren schon enthaltenen Löhne hinaus zusätzliche Nachfrage vorhanden ist.² Ebenso können die konsumgüterproduzierenden Reichen nicht ihre Konsumnachfrage erhöhen, weil sie

1 Direkt beim Endprodukt bezahlte Löhne und in der Fertigung der Vorprodukte – Rohstoffe, Halbzeug – bezahlte Löhne.

2 Unter den üblichen Annahmen, dass alle Arbeitseinkommen konsumiert werden und alle anderen Einkommen gespart werden. Dabei erhalten die Unternehmer als Manager einen Leitungslohn, den sie konsumieren. Die Einführung einer positiven Sparquote der Masse der privaten Haushalte verschärft die Widersprüche innerhalb des Kapitalismus. (Elsenhans 1999).

sonst unter Wettbewerbsbedingungen ihre Konkurrenzfähigkeit verlören. Der Staat kann eine zusätzliche Nachfrage nur zeitweilig schaffen, weil er dem warenproduzierenden Sektor in gleicher Höhe Steuern entzieht. Der Außenhandel kann auch nicht dauerhaft zusätzliche Nachfrage über die bezahlten Einkommen an die Lohnempfänger hinaus schaffen, weil permanente Exportüberschüsse die Wirtschaftspartner zahlungsunfähig machen.

Entscheidend für den Überschuss der kaufkräftigen Nachfrage nach Konsumgütern ist die Nachfrage zusätzlicher Arbeiter, die ihre Einkommen nicht in der Konsumgüterproduktion verdienen, sondern in der Investitionsgüterproduktion. Weil annahmegemäß alle Arbeiter ihre Löhne ausschließlich für Konsumgüter und nur sie allein (Manager auch als Leitungsarbeiter) Konsumgüter kaufen, entspricht der Verkaufswert aller Konsumgüter (C) der Lohnsumme (L). Die Summe aller in der Produktion bezahlten Arbeit der Konsumgüterbranche (einschließlich ihrer Vorprodukte und Halbzeuge) L_c ist nur dann kleiner als C , wenn es eine zusätzliche Quelle von Löhnen gibt. Möglich ist dies nur dann, wenn auch neue Investitionsgüter über den in den Kosten als Abschreibungen enthaltenen Ersatzbedarf hinaus produziert werden. Die Löhne in der Investitionsgüterproduktion erlauben den Verkauf der Konsumgüter zu einem höheren Preis als die bezahlten Kosten für Arbeit in der Konsumgüterproduktion und damit einen Profit in der Konsumgüterproduktion in Höhe von P_c , der den in der Investitionsgüterproduktion bezahlten Löhnen L_i entspricht. Kein Investitionsgüterproduzent verbleibt in seiner Branche, wenn dort nicht die Profitrate gleich hoch ist wie in der Konsumgüterproduktion, auch weil der Investitionsgüterproduzent als Hersteller der Maschinen diese jederzeit selbst zur Konsumgüterproduktion einsetzen kann. Der Gesamtprofit als Summe von P_i (Profit in der Investitionsgüterproduktion) und P_c entspricht wegen $P_c = L_i$ den Nettoausgaben der Unternehmer für Investitionen. Dabei ist unerheblich, dass den Unternehmern dieser Zusammenhang nicht bewusst ist, weil sie Einkommen anstreben, gleichgültig, ob sie aus Marktunvollkommenheiten oder Innovationsfähigkeit stammen.

Investitionsgüterproduktion ist nicht bloß Kennzeichen (Amin 1975: 48), sondern unabdingbare Voraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens, denn sie ist die Voraussetzung für die Erzielung kapitalistischen Profits. Deshalb ist der „periphere

Kapitalismus“ trotz teilweise durchgesetzter Ware-Geld-Beziehungen kein Kapitalismus. Ob die staatlich finanzierte Industrie- und Entwicklungspolitik eines unterentwickelten Landes zu Kapitalismus führt, ist daher nicht eine Frage von Harmonie oder Proportionalität oder gar sinkender Abhängigkeit, sondern hängt ab vom Beitrag der Investitionsprojekte zur Erreichung von Vollbeschäftigung.

Von der klassischen und der neoklassischen Ökonomie bis hin zu Lenin (1899: 42-46) wurde davon ausgegangen, dass kapitalistische Investoren stets auf eine ausreichende Nachfrage stoßen (Saysches Theorem), weil sich die Akkumulation selbst den eigenen Markt schaffe. In der Kritik des Marx'schen Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate (Marx 1894: 222 ff.) haben Bortkiewicz (1907: 455-459) und später Okishio (1960) bislang unwiderlegt gezeigt, dass bei konstanten Reallöhnen jede Innovation die Stückkosten gleicher (bzw. substitutiver) Güter und damit die ausbezahlten Löhne mindert. Neue Produkte, die nicht bisherige ersetzen, können auch nur dann nachgefragt werden, wenn die Realeinkommen steigen. Eine der Produktivität angemessene Steigerung der Konsumgüterproduktion ist deshalb nur bei steigenden Reallöhnen möglich. Tritt diese Wirkung wegen Arbeitslosigkeit nicht ein, haben die Unternehmer der Konsumgüterproduktion, wie schon von Rosa Luxemburg (1912: 94-120) gezeigt, keine Veranlassung, teurere Maschinen zu kaufen. Die Nettoinvestitionen sinken (trotz möglicher Rationalisierungsanstrengungen) und deshalb ebenso der Profit. Während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurden die Nettoinvestitionen und auch die Profite negativ. Nur bei ausreichender Nachfrage werden also verfügbare Ressourcen auch investiert.

Mit dem Gegenwert von Investitionen, Maschinen, lässt sich nur eine bestimmte Art von technischem Fortschritt vorantreiben, nämlich die Produktion von gleichartigen Gütern. Der technische Fortschritt, der auf Exzellenz des besonderen Produkts zielt (früher einer Kathedrale oder eines Schlosses, heute etwa einer Luxuslimousine wie des Maybachs oder der Abendrobe) ist mit der Handarbeit des begabten Künstlers (des Couturiers oder vielleicht des gut ausgebildeten Konstrukteurs) verbunden. Dagegen ist die Herstellung des Massenautos (Golf) in hohem Grade automatisiert und mechanisiert. Der hohe Massenkonsum eines Produkts fördert den Einsatz von meist

automatisierten Maschinen und steigert zugleich die Wettbewerbsfähigkeit. So haben die Schweizer und die amerikanische Uhrenindustrie technisch die englische im 19. Jahrhundert überholt, weil sie für Massenmärkte produziert haben.

Breite Massenmärkte erlauben wegen höherer Stückzahlen auch in der Maschinenproduktion entweder große Serien oder produktivitätsteigernde Sondermaschinen, die bis zum 1. Weltkrieg trotz ähnlichen technischen Wissens nur in den USA, nicht aber in Deutschland eingesetzt wurden.

Die Senkung der Kapitalkosten ist gerade Folge der Massenproduktion. Massenproduktion erlaubt Innovationen in Prozesstechniken, die Kapital sparen. Dadurch entsteht auch zugleich Wissen, das die Schöpfung neuer Güter in die Wege leiten kann. So hätte das Automobil ohne Fahrrad und Nähmaschine, die massenhaft von armen und mittleren Haushalten zunächst in den USA Ende des 19. Jahrhunderts nachgefragt wurden, nicht entwickelt werden können.

Steigende Masseneinkommen vermindern einerseits den verfügbaren Überschuss und erweitern andererseits die Anlagemöglichkeiten: Sie wirken der Überakkumulation entgegen, weil sie technischen Fortschritt fördern und wirtschaftlich über Nachfrageerweiterungen nutzbar machen, also die Verfügbarkeit von Innovationen vergrößern und gleichzeitig den Umfang nicht konsumtiver genutzter Ressourcen vermindern. Steigende Masseneinkommen tragen damit zum Ausgleich zwischen Investitionsbedarf und anlagensuchendem Kapital bei und wirken der Tendenz der Kapitaleigner zur Flucht in die Finanzmärkte entgegen.

Kapitalismus beruht also, entgegen einer weit verbreiteten Vorstellung, gerade nicht auf Kapitalakkumulation, sondern auf der Aufnahmefähigkeit von Massenmärkten. Daher steigt, anders als es die marxistischen Klassiker behauptet haben, die empirisch messbare Kennziffer für die so genannte organische Zusammensetzung des Kapitals – nämlich der Kapitalkoeffizient – historisch nicht, sondern schwankt langfristig innerhalb einer engen Bandbreite. Er liegt in den kapitalistischen Industrieländern auf einem wesentlich geringeren Niveau als in unterentwickelten Ländern oder erst recht im vergangenen realen Sozialismus, der nicht zuletzt auch wegen seiner Unfähigkeit zur Begrenzung der Kapitalkosten, also der Ausbeutung durch Ineffizienz (Elsenhans 1981: 90) zusammengebrochen ist (Elsenhans 2000b).

Mein Argument ist bis hierher völlig kompatibel mit der

neoklassischen Lohntheorie: Ihr zufolge steigt wegen des technischen Fortschritts das Grenzprodukt von Arbeit und sind innovative Unternehmer bereit, Arbeit durch höhere Löhne abzuwerben. Keynesianer wenden ein, dass die Unternehmer bei schlechten Absatzerwartungen unabhängig von niedrigen Kosten von Arbeit keine Investitionsgüter für Kapazitätserweiterungen ordern, so dass Arbeitslosigkeit entsteht. Nur bei guten Absatzaussichten wird investiert, und nur bei Vollbeschäftigung würde eine höhere Produktivität auch zum Anstieg des Lohns auf das Grenzprodukt von Arbeit führen.

Das macht den Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht deutlich: Obwohl Unternehmer von steigenden Reallöhnen einen erhöhten Kostendruck befürchten, sind gerade steigende Reallöhne Voraussetzung für Investitionstätigkeit und Profit. Tatsächlich ist ein vermachteter Kapitalismus der Oligopole durch Ineffizienz und Unterkonsumtion in seiner Existenz bedroht.

Die Arbeiter können nur konsumieren, was die Konsumgüterproduktion bereitstellt. Sie können die Produktionskapazitäten der Investitionsgüterproduktion nicht für die Herstellung von Konsumgütern umlenken. Eine ausgelastete Konsumgüterproduktion kann nur durch zusätzliche Investitionsgüter ausgeweitet werden. Deren Kauf lässt sich leicht über die Ausweitung der Geldmenge durch Kreditschöpfung der Banken finanzieren. Steigende Realeinkommen können also den Profit nicht gefährden.

An der Wiege der kapitalistischen Produktionsweise steht ein *Empowerment* von Arbeit, die aufgrund der vorkapitalistischen technischen Verbesserungen so produktiv geworden war, dass die Unternehmer hohe Arbeitseinkommen zu bezahlen bereit waren, durch die sich der Markt für mit Maschinen produzierte Massenkonsumgüter ausweitete.

Dieses *Empowerment* von Arbeit ist die Basis auch des Aufstiegs kapitalistischer Unternehmer, weil deren Profit im Unterschied zur Rente von Investitionsausgaben abhängt. Rentiers können sich gegen kapitalistische Unternehmer dann nicht behaupten, wenn und weil in Produktionsanlagen investierende Kapitalisten aus ihren Investitionen auch in der Folgezeit Einkommen erzielen. Rentiers vergeuden dagegen im Regelfall den auf sie entfallenden Überschuss unproduktiv.

Im Kapitalismus werden Renten zurückgedrängt auf

Teilbereiche wie den Extraprofit aus technologischen Innovationen, die noch nicht allen Unternehmern zugänglich sind und Differentialrenten, die aus der unterschiedlichen Ergiebigkeit der natürlichen Produktionsbedingungen entstehen.

Zur Erklärung des Auftauchens des kapitalistischen Profits, der nicht mehr von Marktunvollkommenheiten und politischem Zugriff abhängt, bedarf es lediglich der Beseitigung der politischen Fesseln des Staates der vorkapitalistischen Produktionsweisen und einer (wachsenden) Investitionsgüterproduktion. Soziokulturelle Erklärungen über das Verhalten von Eliten können beschreiben, wie sich das Verhalten von Rentenorientierung zu marktwirtschaftlicher Effizienz geändert hat. Erzwungen wird solches Verhalten allein durch die Verknappung finanzieller Ressourcen. Wenn Massenkongsumgüter wettbewerbsfähig mit Maschinen hergestellt werden können und auf eine ausreichende Nachfrage stoßen, bei der sie zu ihren Kosten, auch der Kosten der Maschinen, verkauft werden können, verdienen die Hersteller solcher Güter unabhängig von sozialer Herkunft und Rang ihre Gewinne. Es gibt dann immer Aufsteiger, die solche Gewinnmöglichkeiten wahrnehmen. Sie finden dann auch Intellektuelle, die ihr Verhalten mit sozialen Normen rechtfertigen. Wenn sich solches Verhalten aber durchsetzt, werden die Chancen derer, die an Rentenorientierung festhalten wollen, natürlich schlechter. Vorkapitalistische Fesseln werden schneller abgeschafft.

Verhaltenswandel und damit kultureller Wandel kann die Verknappung von Renten fördern: Politische Bewegungen der Subalternen (Bauernbewegungen, bürgerliche Beseitigung von unfreier Arbeit) können zur Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeit beitragen, insbesondere wenn nicht ausgeschlossen wird, dass kapitalistische Unternehmer den wirtschaftlichen Wettbewerb um Arbeitskräfte einschränken wollen und auf den (durch Vollbeschäftigung) marktbedingten Anstieg der Reallöhne mit Investitionsstreik reagieren, um eine Reservearmee billiger Arbeit zu schaffen (Kalecki 1943: 138). Der organisatorische Zusammenschluss von Arbeit wäre dann ein durchaus systemkonformes Instrument zur Durchsetzung der in der neoklassischen Wirtschaftstheorie beschriebenen Funktionsweise des Kapitalismus. Normensysteme, die politische Aufmüpfigkeit rechtfertigen, setzen die Hemmschwelle für Widerstand der Subalternen herab. Sie senken damit die Transaktionskosten der Subalternen für die Organisation von Widerstand und machen solchen Widerstand

wahrscheinlicher. Politischer Druck kann von den Privilegierten allerdings auch mit dem Instrument der Kooptation von Mittelschichten in klientelistischen Netzwerken unschädlich gemacht werden und dann zu von Renten dominierten Strukturen führen, wie in Phasen der aufholenden Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den von Staatsklassen dominierten Wirtschaften des Südens.

Gewerbliche Massenproduktion muss jedoch nicht per se zum *Empowerment* des durchschnittlich qualifizierten Arbeiters führen, wie die Beispiele aus anderen Wirtschaftsformationen zeigen (Sklaverei in den Manufakturen des Alten Rom, zünftlerische Privilegierung von Webern in der vorkolonialen indischen Textilproduktion).

Aus dieser Konfiguration zwischen steigender Massennachfrage und Profit ergibt sich allerdings, dass kapitalistische Gesellschaften, in denen auch die Bezieher niedriger Einkommen nichtmaterielle Bedürfnisse artikulieren – z.B. die privaten Haushalte wachsende Einkommensanteile sparen – bedroht sind. Hier sinkt die Nachfrage nach Gütern, während die finanziellen Mittel für Investitionen steigen, so dass ohne Stilllegung des Sparens der privaten Haushalte der Anteil der Unternehmen am Eigentum des neugebildeten Produktionskapitals zurückgeht (dazu ausführlich Elsenhans 1999). Ähnlich hat ein wachsender Anteil öffentlicher Güter zur Folge, dass Höhe und Zusammensetzung der Nachfrage nach Endprodukten von Entscheidungen abhängt, die durch politische Prozesse ausgehandelt werden müssen. Hier ist nicht auszuschließen, dass Renten aufgrund von Informationsdefiziten und der infolge von Delegation in Organisationen zwangsläufigen Oligarchisierung angeeignet werden. Hier entstünde eine Gegentendenz zur Verminderung der politisch begründeten Bereicherungsmöglichkeiten im Kapitalismus.

Zwischen der hier vorgelegten Analyse der politökonomischen Grundlagen einer durch Massenkonsum kapitalistischen und freien bürgerlichen Gesellschaft und der politologisch modernisierungstheoretischen Analyse der Grundlegung einer freien bürgerlichen Gesellschaft als Folge eines zivilisatorischen Lernprozesses gibt es wesentliche Unterschiede in der Beurteilung der Geschichtlichkeit des Kapitalismus. Aus meiner Interpretation ergibt sich die Gefahr eines allmählichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in eine von Rentiers beherrschte hierarchische Gesellschaft, die

vielleicht dem Alten China mit seinen Mandarinen ähneln wird (Elsenhans 1991). In der Erklärung von Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft als Ergebnisse eines zivilisatorischen Lernprozesses würden diese Tendenzen vielleicht durch die verstärkte Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstorganisation kompensiert.

2. Steigende Masseneinkommen als Voraussetzung von Kapitalismus und bürgerlicher Revolution

Die soziale Figur des „doppelt freien“ Proletariats (Marx 1867: 183) hätte ohne *Empowerment* von Arbeit nie entstehen können: Ohne die Erwartung, dass sie als Arbeitskräfte auf dem Markt über Verhandlungsmacht verfügen, hätten auch die europäischen Subalternen die Herauslösung aus klientelistischer Abhängigkeit von alten oder neuen Herren der Rente nicht gewagt.

Voraussetzung des *Empowerment* von Arbeit war der Anstieg von Produktion und Produktivität in der Landwirtschaft. Steigende Masseneinkommen führen in (noch) armen Gesellschaften zu einem mindestens parallelen, oft sogar überproportionalen Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmitteln (mehr, aber auch bessere: mehr Fleisch, mehr Eier). Seit dem Ende des Mittelalters stiegen in Nordwesteuropa die Hektarerträge und die nutzbaren Flächen. Später kam die Auswanderung von Europäern in „neu“ besiedelte Länder (USA) hinzu. In Japan stiegen im 19. Jahrhundert ähnlich wie in England die Agrarproduktion und die Bodenproduktivität. Dieser Fortschritt konnte langsam sein und mit steigenden Nahrungsmittelpreisen einhergehen, so dass die Reallöhne, gemessen in Nahrungsmitteln, nur langsam zunahmen, während die Industriepreise rasch sanken. Bei steigender Nahrungsmittelquote der Armen stieg deren Industriewarenkonsum gleichwohl kräftig an. Dieser Mechanismus wird in vielen statistischen Betrachtungen zur Reallohnentwicklung während der industriellen Revolution in Nordwesteuropa nicht berücksichtigt.

Das vorherrschende Bild einer gerade auch durch die „Agrarrevolution“ in England verschärften Ausbeutung ist seit fast 70 Jahren überholt (Habakkuk 1939, Chambers 1946). Nach einer Periode wachsender Gleichheit der Bodenverteilung ab Ende des 15. Jahrhunderts erfolgte die Einfriedung der Allmende (*Commons*) erst spät im Verlauf des 18. Jahrhunderts, als die Industrie schon Arbeit in großem Umfang nachfragte. Die

„Vertreibung“ des Landvolks erfolgte nicht vorrangig gegen die Interessen der kleinen Bodeneigentümer. Die Beschäftigung stieg in der englischen Landwirtschaft auch im 18. Jahrhundert, wenn auch nicht so schnell wie die Bevölkerung. Die Konzentration des Landbesitzes war in den Kerngebieten der industriellen Revolution eher milde (Elsenhans 2007a: 166-194).

Die Reallöhne stiegen mit Ausnahme der Zeit der französischen Kriege schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts, nicht nur für die mittleren Einkommen. Die Kerngebiete der industriellen Revolution waren Hochlohngebiete, die Zuwanderer aus anderen Regionen Englands seit Mitte des 18. Jahrhunderts anlockten.

Die verschrienen englischen Armengesetze waren ein Instrument zur Umverteilung der Bodenrente auf Haushalte, die als Marginale in der Landwirtschaft weniger produzierten, als sie zum Überleben brauchten (Elsenhans 1980). Sie wären unbeschäftigt verhungert, wie heute viele Marginale im Süden.

Ein zusätzlicher industrieller Arbeitsplatz kostete weniger als mehrere Monatslöhne. Heute dagegen kostet er mehrere Jahreslöhne abhängig von Branchen. Dies wurde aus Ersparnissen von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen, unterstützt durch lokale Banken, finanziert. Es bedurfte daher gar keiner „ursprünglichen Akkumulation“, wie Marx es darstellte, und es bedurfte auch keiner kolonialen Ausbeutung des Rests der Welt (dass dieser Rest ausgebeutet wurde, ist keine Frage. Es spielt jedoch für diesen Prozess keine signifikante Rolle).

Mit der Knappheit von Arbeit entstand bürgerliche Politik als Zusammenwirken gleichberechtigter Staatsbürger – *citoyens*. Arbeit löste sich aus der Vereinzelung in viele Gemeinschaften und wurde zur relativ homogenen Schicht und Klasse für sich, die wenigstens zu Zeiten ein gemeinsames Bewusstsein entwickeln konnte. Bei Vollbeschäftigung zu Löhnen über den Subsistenzkosten brauchte Arbeit keine politischen Klientelbeziehungen oder zünftlerisch engen Zusammenschlüsse. Sie konnte auf politisches Wohlverhalten im Tausch gegen Gunstbeziehungen der Mächtigen, aber auch auf Gemeinschaft stiftende unwichtige gemeinsame Präferenzen in Religion, Sexualverhalten etc. verzichten. Damit schuf sie die soziale Unterfütterung für die philosophischen Einsichten der Aufklärung.

Trotz aller Versuche der Unternehmen, ihre jeweiligen Arbeiter zünftlerisch zu binden und damit Arbeit als soziale Klasse

aufzuspalten und an gemeinsamer politischer Willensbildung zu hindern, waren die Subalternen wegen der Konzentration auf Lohnhöhe und Arbeitszeit materialistisch genug, Berufs- und Arbeitsplatzwahl stark unter dem Gesichtspunkt der erzielbaren Einkommen zu treffen.

3. Homogenität ist im Kapitalismus nicht technisch bedingt

Weil durchschnittlich qualifizierte Arbeiter Ausbildung und Jobs an den Verdienstmöglichkeiten orientieren, müssen Löhne für vergleichbar unangenehme Arbeit konvergieren. Es entstehen einheitliche Arbeitsbedingungen als Grundlage für die Wahrnehmung einer ähnlichen sozialen Situation durch die Arbeiter, die sich frühzeitig in ihren sozialen Kämpfen auf die Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit, Sicherheit am Arbeitsplatz) konzentriert haben – übrigens auch heute in kulturell ganz unterschiedlichen Zusammenhängen in den neuen Industrieländern des Südens.

Wegen ähnlicher Einkommen des Faktors Arbeit und wegen der Konkurrenz zwischen den Unternehmen auf den Güter- und Faktormärkten konvergiert die durch das Verhältnis von Faktorkosten zu Verkaufswert gemessene Produktivität in verschiedenen Branchen. Dependencia-Theoretiker haben dies als strukturelle Homogenität bezeichnet: Steigt die Nachfrage nach einem Produkt, ziehen Unternehmer mit dem Angebot besserer Löhne Arbeiter aus anderen Produktionszweigen an, um die Produktion auszuweiten, bis sie auch hier nur noch die Durchschnittsprofitrate erzielen. In einer unterentwickelten Wirtschaft kann dagegen die Produktivität in einem bisherigen Hochpreissektor weiterhin zu hoch sein, als dass hier Kapital und Arbeit nach entsprechenden politisch durchgesetzten Nominaleinkommenssteigerungen für die Befriedigung von Massenbedürfnissen eingesetzt werden. So mag eine radikale Beseitigung des Großgrundbesitzes zugunsten der Landlosen oder eine Nominallohnsteigerung für die Armen inflationär verpuffen, weil die Wirtschaft auf die neue Nachfrage nicht ohne massiv steigende Kosten mit der Erhöhung der Produktion reagieren kann. Diese Inflexibilität von unterentwickelten Wirtschaften wird mit dem Begriff der strukturellen Heterogenität beschrieben (Nohlen und Sturm 1982).

Strukturelle Homogenität als Grundlage der Flexibilität kapitalistischer Wirtschaften und damit ihrer Fähigkeit zu

autozentriertem Wachstum ist also nicht Folge politisch, soziokulturell oder außenwirtschaftlich durchgesetzter geeigneter organischer oder harmonischer Entwicklung. Sie ist Folge der Knappheit von Arbeit. Wegen dieser Knappheit werden trotz völlig unterschiedlichen Wachstums der technischen (physischen) Produktivität in verschiedenen Branchen deren in monetären Größen gemessene Produktivitäten über Anpassungen der relativen Produktpreise ausgeglichen. Ein gutes Beispiel ist die in allen Wirtschaften mit der durchschnittlichen Produktivität vergleichbare Produktivität des Friseurs, die in physischen Einheiten weder zwischen Deutschland und Indien divergiert, noch seit dem Mittelalter zugenommen hat. Dieser Prozess der Angleichung der Produktivitäten innerhalb einer entwickelten Wirtschaft vollzieht sich unabhängig vom Grad der Öffnung gegenüber der Weltwirtschaft, sofern Vollbeschäftigung und Konkurrenz aufrechterhalten werden, und führt zu Beseitigung temporärer Renten (weil niemand ohne Marktmacht mehr als die Durchschnittsprofitrate durchsetzen kann).

4. Die Entmachtung von Arbeit als Normalfall der historischen Entwicklung

Unser heutiges Weltsystem stößt bei der Ausbreitung von Kapitalismus auf vorkapitalistische Strukturen. In ihnen sind die Grundlagen für ein *Empowerment* von Arbeit nicht entstanden. Aus den unmittelbaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessenlagen der Akteure in nichtkapitalistischen Strukturen resultieren im Normalfall verschärfte Marginalität (mit Schwächung der Verhandlungsmacht) durchschnittlich qualifizierter Arbeit und weite Möglichkeiten zur politischen Aneignung von wirtschaftlichen Ressourcen als Rente.

Technische Entwicklung führt zwar zur Erhöhung der Produktivität, aber nicht notwendig zur Erhöhung des Grenzprodukts von Arbeit in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere nicht unbedingt in der zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung weiterhin wichtigen Landwirtschaft. Technische Entwicklung mag kumulatives Lernen und damit einen historischen Prozess der Zivilisation ermöglichen, nicht aber notwendig die Grundlagen für Kapitalismus als *Empowerment* von Arbeit schaffen.

Im Kampf zur Verbesserung der Lebensbedingungen schaffen ursprünglich egalitäre menschliche Zusammenschlüsse eher

Ungleichheit. Bei niedrigem Stand der Beherrschung der Natur (Technik) sinken wenigstens nach einer im Einzelnen ökologisch bestimmten Schwelle die zusätzlichen Erträge im Verhältnis zum Arbeitsaufwand. Irgendwann stößt demographisches Wachstum auf eine Schwelle, bei der zusätzliche Arbeit weniger zusätzliche Subsistenz bringt. Der Anteil dieser zusätzlichen Arbeit an der geleisteten Gesamtarbeit ist höher als der Anteil ihres zusätzlichen Ertrags am Gesamtertrag. Mit 50 % ihrer Arbeit produziert die Gesellschaft schon 80 % ihres Subsistenzbedarfs. Für die Deckung der restlichen 20 % müsste sie nochmal so viel Arbeitszeit aufbringen, weil die Arbeitsproduktivität in diesem Zahlenbeispiel auf $1/4$ sinkt. Ich nenne dies das Marginalität-cum-Rente-Modell (ausführlich Elsenhans 1994: 394–401 und 1995: 194–200).

Solange der Zugang zu den Ressourcen zwischen den Wirtschaftseinheiten gleich ist, treten keine Verteilungsprobleme auf: Die Umverteilung erfolgt unmerklich innerhalb der „Familie“.

Weil viele oder die meisten Menschen rational und damit bequem sind, drängen sie bei der Auseinandersetzung um die Verteilung des Produktionsergebnisses darauf, dass ihre Arbeitszeit als im Korb der hochproduktiven Arbeit geleistet betrachtet wird, bei Arbeitswütigen wenigstens aus Prestigegründen. So wollen wohl die meisten Zugang zu den besseren Böden. Weil sie Konflikte vermeiden und vornehmlich für ihre Kinder Vorsorge treffen wollen, versuchen sie solche Zuordnungen als Nutzungsrechte abzusichern und erblich zu machen. Wenn bei ungleichem Zugang zu Ressourcen und demografischem Wachstum einzelne Familien früher als andere auf die Schwelle abnehmender Erträge stoßen, müssen sie sich in Abhängigkeit von Bessergestellten begeben. Ungleichheit verfestigt sich dadurch.

Gemeinschaftliche Produktionsweisen kennen Gegenmechanismen wie die regelmäßige Neuverteilung von Nutzungsrechten oder die periodische Zerstörung von wirtschaftlichem Überschuss, der allein dadurch entsteht, dass die Entscheidung über Aussaat lange vor der Ernte erfolgen und der Gefahr einer unterdurchschnittlichen Witterungslage Rechnung tragen muss. Die von Hunger bedrohten Haushalte mit niedriger Grenzproduktivität werden hinnehmen oder sogar daran mitwirken, dass die Macht der politisch Mächtigen wächst, weil und wenn diese – selbst wenn auch nur in geringem Umfang – zur Sicherung sozialer Stabilität Umverteilungen zugunsten der

von Marginalität Bedrohten durchsetzen. So könnten die von Marginalität Bedrohten vorgeschlagen, die Ahnen der Mächtigen statt nur periodisch durch Feste, bei denen jeweils der Überschuss zerstört wird, permanent – z.B. durch regelmäßige Gottesdienste – zu verehren.

Zudem muss die Gesellschaft sich über die Bewertung unterschiedlicher Arbeit einigen, weil allein aufgrund physischer Gegebenheiten eine gewisse Arbeitsteilung eintritt. So wird beispielsweise der militärische Schutz meist durch die jüngeren Männer geleistet, Streitschlichtung durch die Älteren. Das im Kapitalismus durch den Arbeitsmarkt gelöste Problem der Reduktion konkreter auf abstrakte Arbeit wird Gegenstand politischer Verhandlungen, bei denen politische Allianzen geschlossen werden und Ungleichheit von Macht entsteht.

Steigt der soziale Abstand zwischen den Mächtigen und den Armen (z. B. durch Einwanderung oder Eroberung), sprechen wir von tributären Produktionsweisen, in denen die Mächtigen einen hierarchischen Apparat aufbauen. Eine zentralisierte Klasse presst einer vornehmlich landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung meist mit dem Mittel einer Landsteuer das Mehrprodukt ab, das durch Hierarchie und Willkür innerhalb des Apparates der herrschenden Klasse unter starkem Einfluss des Hofes verteilt wird. Die gesellschaftliche Dynamik ist klein: Die Strukturen der Ausgebeuteten sind vielfältig (Stämme, Einzelbauern, Ethnien) und werden nicht homogenisiert. Dies zeigt der regelmäßig auftretende Unterschied zwischen dem Gebiet direkter Verwaltung durch Beamte und dem Gebiet indirekter Verwaltung unter vielfältigen lokalen Strukturen.

In den Rivalitäten zwischen den verschiedenen Segmenten solcher herrschender zentralisierter Klassen tributärer Produktionsweisen spielen militärische Macht, Ansehen und Luxuskonsum (Prestigebauten, Marx' „Werke der höheren Einheit“, 1858/1859: 377), nicht aber ökonomische Effizienz die entscheidende Rolle. Konflikte werden im Regelfall durch Anstieg der Ausbeutungsrate gelöst, bis – wie der arabische Soziologe des 14. Jahrhundert Ibn Khaldūn (1967: 570–572) zeigt – „Überausbeutung“ zum Zusammenbruch führt. Nach einer Zeit der Wirren steigen neue militärische Banden zur Herrschaft auf: der so genannte dynastische Zyklus. Zwar lebt die Idee der Gleichheit weiter in Bauernbewegungen und religiösen Erneuerungsversuchen (gleiche Gotteskinderschaft in den Religionen von Jaspers

„Achsenzeit“, Jaspers 1948). Doch bleiben der technisch fortgeschrittenste Teil des Handwerks als Hoflieferant (Luxushandwerk ohne Orientierung an Prozesstechnologie, weil keine Massenproduktion) und der – sofern rechtlich überhaupt verselbständigte – Handel (wegen der Abhängigkeit von der militärischen Sicherung der Handelswege und dem Monopol) von der Patronage durch den Hof abhängig. Die Individualisierung von Besitzrechten an Land dient der Rationalisierung, die Betonung des Kollektiveigentums der Erhöhung des Steuerdrucks³, weil dadurch die reichen Haushalte für die Steuerschuld der ärmeren in Anspruch genommen werden. Die Idylle der solidarischen Dorfgemeinschaft hat Marx popularisiert auf der Grundlage früher Berichte der Beamten der englischen Ostindienkompanie, die den Verwaltungsaufwand bei der Steuereintreibung zu minimieren trachteten, indem sie an der kollektiven Besteuerung festhielten.

Die Ausbeutungsrate in tributären Produktionsweisen ist höher als in den Kerngebieten der Durchsetzung des Kapitalismus (in der Zeit des europäischen Feudalismus): Man vergleiche das Volumen an Steinen in Kunstwerken der tributären Produktionsweisen, z. B. Agra in Nordindien, und die dort geringen Bauzeiten mit den oft jahrhundertelangen Bauzeiten der Kathedralen des europäischen Mittelalters. Auch die antikolonialistische Kritik der Verarmung Indiens unter der englischen Kolonialherrschaft hat nicht zeigen können, dass es in Indien eine der europäischen gewerblichen Produktion der frühen Neuzeit vergleichbare Orientierung an Massenmärkten gab. Indien kannte die Drehbank und nutzte sie für das Drechseln der Tempelsäulen. Asiatische Überlegenheit auch bei technischem Wissen schlug sich nieder in den Werken von Künstlern, nicht in der Verwertung von Entdeckungen für die Verbilligung von Produkten, die die Europäer später auf der Grundlage der gleichen Entdeckungen einsetzen würden.

Es gibt in tributären Produktionsweisen keine notwendige Tendenz zur Steigerung der Produktivität in der Lohngüterproduktion und damit zur Steigerung des Grenzprodukts von Arbeit als Voraussetzung für ein *Empowerment* von Arbeit auf einem dezentralen Arbeitsmarkt.

3 Gegensatz zwischen den Großmoguln Akbar Akbar – individuelle Veranlagung der einzelnen Haushalte – und Aurangzeb – kollektive Veranlagung der Dorfgemeinschaften zu Landsteuer in Indien im 16. Und 17. Jahrhundert.

5. Kapitalismus ist expansiv, aber nicht ansteckend

Tributäre Produktionsweisen versuchen, die geografische Zone zu erweitern, in der sie politisch Renten aneignen können, sei es durch territoriale Expansion (mehr Bauern können besteuert werden), sei es durch Kontrolle von Handelsrouten, deren militärische Kontrolle Monopolprofite abwirft. Wallersteins (1974) europäische Expansion des 16. Jahrhunderts war nicht kapitalistisch, sondern nur europäischer Nachvollzug eines Expansionsismus, der allen vorkapitalistischen Produktionsweisen eigen war. China hat seit dem 15. Jahrhundert nicht auf Expansion verzichtet, sondern die massive territoriale Expansion zu Lande in den heutigen südchinesischen Raum vorgezogen (Hofstetler 2000).

Die gängigen Versionen der Ableitung von Imperialismus aus Widersprüchen des Kapitalismus sind selbst widersprüchlich. Unternehmen reagieren stets auf zusätzliche Märkte, also auch auf äußere – so auch auf die von Rosa Luxemburg behauptete Nachfrage der Naturalwirtschaft, zunächst des nichtkapitalistischen Sektors innerhalb der sich kapitalistisch industrialisierenden Welt des Westens, dann der nichteuropäischen Welt, die der Imperialismus sich unterwirft. Die nach Luxemburg notwendige zusätzliche Nachfrage in der Naturalwirtschaft wird durch steigende Masseneinkommen innerhalb des Kapitalismus erreicht. Die äußere Nachfrage des nichtkapitalistischen Sektors ist nicht höher als die von den Exporten dieses äußeren Sektors innerhalb des Kapitalismus absorbierte Nachfrage, so dass Luxemburg am Schluss ihrer Analyse eben nicht die Naturalwirtschaft, sondern die ausländische Anleihe als Quelle der Finanzierung der zusätzlichen Importe der Naturalwirtschaft heranzieht. Die Grenzen dieser Quelle von Nachfrage wurden durch die Verschuldungskrisen vor dem 1. Weltkrieg und nach 1982 deutlich.⁴ Wachsende Schwierigkeiten bei der Anlage überschüssigen Kapitals wegen

4 Die Finanzierung einer wachsenden Nachfrage durch Verschuldung kann das Problem des Ausgleichs zwischen Produktionskapazität und Konsumtionskapazität nicht dauerhaft lösen, auch nicht binnenwirtschaftlich, weil der Gläubiger aus seinen Darlehen in der Folgezeit wieder Einkommensansprüche ableiten muss. Die derzeitige Finanzkrise ist ein schönes Beispiel dafür und widerlegt alle jene, die in den letzten Jahren glaubten, dass bei stagnierenden Reallöhnen die Nachfrageerweiterung über die konsumtive Verwendung von Börsengewinnen und die Verschuldung der privaten Haushalte gelöst werden könne.

steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals (Lenin 1917: 245) sind angesichts der konstanten Kapitalkoeffizienten im Kapitalismus nicht möglich.

Tatsächlich expandierten kapitalistische Wirtschaften nach außen, weil nichtkapitalistische Wirtschaften nach dem Prinzip der komparativen Kostenvorteile wettbewerbsfähig wurden. Eine Wirtschaft, die alle Güter mit höherer Arbeitsproduktivität herstellen kann als alle anderen, betreibt gleichwohl Außenhandel, wenn ihre Produktivitätsvorsprünge bei einem Gut höher als bei anderen sind.

Weil aber jede produktive Tätigkeit neben dem intendierten Gut nicht intendierte Wirkungen, insbesondere die Steigerung der Kenntnisse des Produzenten zum Ergebnis hat, beeinflusst das Muster der Spezialisierung die späteren Wachstumschancen. Der These der Dissoziation (Senghaas 1977) liegt die im Modell des Produktzyklus formulierte Annahme zugrunde (Vernon 1966), dass das technisch führende Land gesetzmäßig bei den Zukunftsprodukten seine komparativen Kostenvorteile hat. Deshalb bedürfe ein aufholendes Land der wenigstens zeitweiligen Abschottung eines dann in Gang zu setzenden Lernprozesses. Das ist nicht zwingend. Weil Großbritannien bis zum 1. Weltkrieg so gut mit seinen Textilexporten verdiente, konnte Deutschland durch Spezialisierung auf die Branchen der zweiten industriellen Revolution Großbritannien schon 1938 überholen, obwohl ursprünglich alle Innovationen, z. B. in der Chemie, zuerst oder auch in Großbritannien gemacht worden waren (Crafts 1989:134).

Ähnlich haben die ursprünglich Europa technisch überlegenen tributären Produktionsweisen Asiens (Prestige ihrer Luxusprodukte) Europa zwar gezwungen, sich auf einfache Massenkongüter zu spezialisieren – und zwar gegen den Willen der englischen führenden Kaufleute und Ingenieure, die diese Überlegenheit Europas bei Massenkongütern Ende des 18. Jahrhunderts selbst gar nicht verstanden hatten und den chinesischen Markt mit ihren Luxusprodukten öffnen wollten. Doch stützte diese Spezialisierung die Entwicklung von Maschinen in Großbritannien und förderte damit die in den inneren Strukturen des Landes angelegte Orientierung am Massenkonsum. Dadurch generiertes technisches Wissen erlaubte die Erfindung neuer Produkte, die die alten Luxusprodukte der tributären Produktionsweisen ersetzten. Damit fiel in den ursprünglich überlegenen

tributären Produktionsweisen der nicht europäischen Hochkulturen dieser Produktionszweig weg, und sie waren seitdem angewiesen auf den Export von Rohstoffen.

Weil zum Luxusprodukt die Exklusivität gehört, hat der Anbieter stets ein Interesse zur Steigerung des Erlöses das Angebot zu beschränken. Der Anbieter eines Massenkonsumguts setzt dagegen auf eine rasch wachsende Käuferzahl auch unter Inkaufnahme bei sinkenden Preisen und akzeptiert eher freie Konkurrenz – so im Fall des Kampfes gegen das Monopol der englischen Ostindienkompanie im 18. Jahrhundert (Elsenhans 2001: 39-45).

Vorkapitalistische technische Überlegenheit in der Produktion von Luxuskonsumgütern führt nur bedingt auch zu technischer Überlegenheit in der Massenkonsumgüterproduktion, schafft komparative Kostennachteile in der Massenkonsumgüterproduktion und stärkt technischen Fortschritt behindernde Einschränkungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs.

Bei auf Massenkonsum gestütztem technischem Fortschritt in einem Zentrum wie dem sich industrialisierenden Europa tut sich weiterhin eine Rohstofffalle für die technisch zurückbleibenden Länder auf, selbst wenn sie nicht durch Spezialisierung auf Luxusprodukte schon komparative Kostennachteile in der Massenkonsumgüterproduktion erworben haben. Im Bergbau wirkt dem technischen Fortschritt die allmähliche Erschöpfung der kostengünstig abzubauenen Lagerstätten entgegen, anders als bei der Herstellung von verarbeiteten Produkten. Selbst wenn im technisch dynamischen Land die Steigerung des technischen Wissens in der Produktion von Rohstoffen und in der Produktion von verarbeiteten Produktion ungefähr gleich wäre, steigt deshalb die Produktivität in der verarbeitenden Industrie schneller als in der bergbaulichen Produktion. Selbst wenn das Wissen des technisch führenden Landes kostenlos auf das rückständige Land übertragen werden könnte, hätten zumindest einige rückständige Wirtschaften mit vergleichsweise durchschnittlichen Rohstofflagern komparative Kostenvorteile bei der bergbaulichen Produktion, weil sie zunächst ihre guten Lagerstätten noch nicht abgebaut haben. Sie müssten sich auf Rohstoffexporte spezialisieren und komparative Kostennachteile in der Massenkonsumgüterproduktion hinnehmen, obwohl die erst in den tributären Produktionsweisen entstandenen Blockierungen für den Übergang zu Kapitalismus noch schwach ausgebildet sein sollten.

Die Rohstoffalle eines großen Teils der unterentwickelten Welt ist nicht Folge einer ursprünglichen (besonders guten) natürlichen Ausstattung mit Rohstoffen. Europa hatte eine gute Ressourcenausstattung bei den Basisrohstoffen für Massenkonsum und Maschinenbau. Als gut natürlich bewässerte und für die geographische Breite eher warme Zone nördlich des semiariden Gürtels produzierte Europa ausreichend Getreide und, nach Übernahme der Kartoffel, auch Stärke. Es mangelte an *Amenities*, also gehobenen Nahrungsmitteln auch des Massenbedarfs wie den tropischen Getränken oder auch Fetten (auch für Seife, Palmöl). Bei industriellen Rohstoffen, vor allem Kohle und Eisen, hatte Europa gute Lagerstätten.

Die Spezialisierung auf Rohstoffe des Rests der Welt war vielmehr Folge der ungleichzeitigen Entwicklung. Diese stärkte im Rest der Welt die Aneignung von Renten. Der technischen Innovation in Zentrum der industriellen Entwicklung wirkte bei allmählicher Produktionssteigerung die Erschöpfung der günstigeren Lagerstätten entgegen (Ende des 19. Jahrhunderts Nichteisenmetalle, seit Beginn des 20. Jahrhunderts Öl, seit Mitte des 20. Jahrhunderts Kohle und Eisenerz). Die im Kampf gegen diese Verschlechterung der Lagerstätten entwickelten neuen, produktiveren Abbaumethoden ließen sich noch viel effizienter auch auf den unerschöpften günstigen Lagern außerhalb Europas anwenden, sowohl in der dann unterentwickelten Welt als auch in den „neu“ besiedelten Regionen.

Wegen der Einförmigkeit der Nahrungsmittelproduktion in Europa mussten schon geringfügige Verbesserungen der Einkommen zum breiten Anstieg der Nachfrage nach tropischen Agrarprodukten führen; zunächst Zucker, dann Tee, Kaffee, Kakao und schließlich Baumwolle.

Für alle genannten Produkte gilt, dass sie nur geringe Mengen von Arbeitskraft erforderten und deshalb anders als die expandierende Binnennachfrage in Nordwesteuropa nicht zum *Empowerment* von Arbeit führten. Wo Arbeit knapp wurde, kam es nicht zu den europäischen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital, sondern mit rassistischer Begründung und dadurch legitimer Gewalt zur Absenkung der Kosten von Arbeit unter die Reproduktionskosten (Sklaverei, Elsenhans 2007b) und zur Abschöpfung von Mehrprodukt als Renten (Monopolprofite). Die Reichen, d.h. die wirtschaftlichen und politischen Führungsgruppen im Kapitalismus, haben

nie die politischen Grundlagen des Kapitalismus globalisieren wollen und deshalb die sich in Europa entwickelnden bürgerlich egalitären politischen Strukturen nicht auf die kolonisierten Überseegebiete übertragen. Die Subalternen des europäisch-nordamerikanischen Kapitalismus waren dazu zu schwach und optierten wiederholt für die rassistische Ausgliederung außereuropäischer Arbeit.

Die nur begrenzte Nachfrage nach Rohstoffen ist Folge der Struktur des kapitalistischen Wachstumsprozesses. Im Kapitalismus werden Rohstoffe als Kostenfaktor sparsam eingesetzt. Der spezifische Rohstoffverbrauch sinkt seit der industriellen Revolution zum Teil massiv, so der Energieverbrauch in der Stahlproduktion auf etwa 1/25. Der Verbrauch agrarischer *Amenities* stößt bei wachsenden Einkommen auf Sättigungsgrenzen. Je höher die Masseneinkommen, desto geringer der Anteil der Rohstoffe an der Produktion.

Die Mitzieheffekte der Rohstoffproduktion auf die Investitionsgüterproduktion sind in den Kernregionen der Industrialisierung hoch gewesen (Ruhrgebiet), aber niedrig im Rest der Welt. Neue Fördergebiete sind meist zu klein, als dass sie die Anstrengungen und Investitionen zur lokalen Produktion für im Bergbau immer komplexer werdender Förder- und Transporttechnologie ökonomisch rechtfertigten. Selbst bei Öl haben nur wenige Förderländer den Einstieg in die Produktion von Investitionsgütern für Förderung und Transport (Röhren) von Öl geschafft (so Brasilien). Auch bei den agrarischen Rohstoffen hat es nur begrenzte Ansätze lokaler Technologie in den Anbaugebieten gegeben (so das Engenho, die Maschinerie zur ersten Weiterverarbeitung von Zuckerrohr, in Brasilien).

Ohne Steigerung des Grenzprodukts von Arbeit in den für die Beschäftigung weiterhin entscheidenden binnenmarktorientierten Produktionszweigen – insbesondere in der Nahrungsmittelproduktion für den lokalen Bedarf – musste die Ausweitung des marktwirtschaftlichen Kalküls der Minimierung der Kosten zur Offenlegung der in den vorkapitalistischen Strukturen entstandenen Marginalität und zum Abbau der diese Marginalität kompensierenden Umverteilungssysteme führen. Die alte Gesellschaft wurde aufgelöst. Marginalität wurde als überschüssige und überflüssige Arbeit sichtbar gemacht; nämlich freigesetzt, weil sie bei der Herstellung der auf dem Binnenmarkt absetzbaren Güter (schon zuvor) weniger produzierte als sie

zum Überleben brauchte. Trotz der zusätzlichen Nachfrage des Exportsektors nach Arbeitskräften, war der Nachfrageanstoß regelmäßig zu gering, als dass Arbeit dadurch knapp wurde. Als Lieferant anderer, nämlich politischer Güter wurde diese Arbeit weniger oder nicht mehr gebraucht: Die Kolonialmetropolen bzw. die lokalen herrschenden Klassen konnten aus den Erlösen für neue Rohstoffexporte Renten erzielen, aus denen viel wirksamere Instrumente der Machterhaltung bereitgestellt werden konnten, als zuvor die lokalen Patronagenetze generiert hatten.

Die Rohstoffexporte vergrößerten auch wegen der Zahlungsfähigkeit der kapitalistischen Metropolen (letztlich ihrer Fähigkeit, moderne Güter billig liefern zu können) die Einkünfte, die von den Lieferanten dieser Rohstoffe erzielt werden konnten. Mit den hier verdienten Renten konnte man weit mehr kaufen, als man durch Ausbeutung lokaler Arbeit bisher lokal hatte herstellen können. Neue Renten entstanden für lokale Brückenköpfe des westlichen Imperialismus und Kolonialismus, die ihre Privilegien und damit Kapitalismus blockierende Ungleichheit verteidigten. Die Herausbildung von Widerstandspotenzialen durch Arbeit, die die Renten generierenden Güter herstellen musste, insbesondere Lohnarbeiter im modernen Sektor, führte nicht zu wachsender Verhandlungsmacht der Masse der Arbeitskräfte. Dieses Ergebnis war nicht unbedingt Folge der Abschottung dieser Arbeiteraristokratie des modernen Sektors im Interesse der Sicherung ihrer Privilegien. Sie trat auch dann ein, wenn diese Arbeiteraristokratie durchaus versuchte, den Rest der Unterprivilegierten gegen die da „Oben“ zu mobilisieren. Die „Unten“ waren – durch Marginalität bedroht – in Verteilungskämpfen nur begrenzt konfliktfähig. Andere Konfliktformen (Guerillakrieg) riefen (und rufen heute: Staatsverfallstheorie) nicht die für den Übergang zu Kapitalismus notwendige Ausweitung des Massenmarkts und daraus resultierende Investitionen hervor.

Ein komparativer Kostenvorteil bei Produkten, für die die Nachfrage langsamer wächst als die Weltproduktion, müsste allmählich durch Überangebot und Preisverfall verschwinden. Tatsächlich fielen nach anfänglichen Verbesserungen die *Terms-of-Trade* für die Rohstoffe der Dritten Welt etwa ab 1925. Doch blieben die Rohstoffpreise zu hoch, als dass angesichts der niedrigen Produktivität im Rest der Rohstoffwirtschaften des Südens umfassende Industrialisierungsprozesse eingesetzt hätten. Die

Rohstoffpreise waren für die wirtschaftliche Diversifizierung des Südens zu günstig (Singer 1950: 482) und warfen insbesondere bei bergbaulichen Produkten Differentialrenten (Differenz zwischen den Produktionskosten bei schlechten gegenüber guten Lagern) aus den reicheren Lagern des Südens ab. Die Eliten des Südens wollten höhere Anteile an diesen Renten (Mexiko 1938) und gründeten mit der OPEC das bislang wirksamste Rohstoffkartell der Weltgeschichte (Elsenhans 1974a).

Bei den seit den 1930er Jahren preisunelastischen tropischen Agrarprodukten schufen die Kolonialmächte im Spätkolonialismus Institutionen zur Beschränkung des Angebots und zur Aneignung von Renten, um der durch Unterentwicklung ausgelösten sozialen Krise mit staatlichen Ausgaben zu begegnen.

Das kapitalistische Weltsystem hat sich lange Zeit mit der Rente akkomodiert und sie sogar stabilisiert. Wenn vorkapitalistische Strukturen dabei auch kapitalistischen Unternehmen nutzen (Fortdauer des Angebots billiger Arbeit), so sind sie wegen dieser Ausbeutung jedoch noch nicht kapitalistisch.

Die Rohstofffalle trug also nachhaltig zu gesellschaftlichen Strukturen bei, die wichtige kapitalistische Mechanismen zur Begrenzung von Renten schwächten. Sie festigten (z.T. neue) an Renten orientierte gesellschaftliche Klassen und eine Ideologie der Verknüpfung zwischen Ausbeutung und Unterentwicklung, die die Fortdauer der Aneignung von Renten begünstigten.

6. Rente als Strukturierungsmerkmal nichtkapitalistischer Gesellschaften: Von den Staatsklassen zu den neuen kulturell identitären Bewegungen

Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und im Vollzug der Entkolonisierung konnten durch die Überschüsse in Form von Renten, die wegen fehlender Massennachfrage nicht investiert wurden, in der Dritten Welt Staatsklassen entstehen. Eine Staatsklasse hat Zugriff auf das Mehrprodukt aufgrund ihrer Stellung innerhalb des Staatsapparats und der mit ihm verflochtenen Organisationen, sei es der gesellschaftlichen Massenorganisationen oder auch der wirtschaftlichen (öffentliche Unternehmen) Organisationen (Elsenhans 1981).

Zu den historischen Vorbildern der Staatsklassen gehören Mohammed Ali in Ägypten und die chinesische Selbststärkungsbewegung ab Mitte des 19. Jahrhunderts. In einem asiatischen

Land, Meiji Japan, war solchen Versuchen Erfolg beschieden. Japan gelang 1905 im am meisten von industrieller Leistungsfähigkeit definierten Zweig des Militärs – der Flotte – eine europäische Großmacht – Russland – zu schlagen. Während der Depression der 1930er Jahre lieferte die Sowjetunion mit eindrucksvollen Erfolgen bei Investitionen, Technologietransfer und Industrialisierung den weiteren Nachweis, dass Industrialisierung ohne Kapitalismus möglich war.

Die Bildung dieser Staatsklassen erfolgte aus einer breiten Allianz von Bauern, Arbeitern und neuer Mittelschicht, die die nationalen Befreiungsbewegungen gegen Kolonialsystem und Abhängigkeit getragen hatten. Außer in China und Vietnam haben die westlich orientierten Nationalisten die Kommunisten von der Führung dieser Allianzen fernhalten können. In den westlich orientierten Nationalisten, die ihre Leitideen aus 1776 und 1789 bezogen, sahen die Kolonialmächte eine Garantie für die zunächst in ihrem Sinne vernünftige Teilung der Macht, dann für einen geordneten Rückzug unter möglichst günstigen Bedingungen für die Aufrechterhaltung ihrer Interessen. Mit Hilfe der Kolonialmächte konnten die westlich orientierten Nationalisten auch die kulturellen Nationalisten innerhalb der Befreiungsbewegungen zunächst ausschalten.

Die neuen Herrscher fanden Gesellschaften vor, in denen die Probleme der Marginalität durch demographisches Wachstum sich quantitativ und qualitativ verschärft hatten. Durch den Zusammenbruch der früher aus einheimischen Renten finanzierten Solidaritätsnetze waren bedeutende Teile der Landbevölkerung freigesetzt, während zugleich in der Form höherer Devisenerlöse für Rohstoffe und Entwicklungshilfe zusätzliche Renten verfügbar wurden. Eine noch ursprüngliche Nahrungsmittelproduktion, aber auch der Übergang zum Anbau von Exportfrüchten und Plantagenwirtschaft führten zu sinkender Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion. Bedeutende Teile der alten gewerblichen Produktion waren als Folge der Importkonkurrenz (westliche Produkte kamen auch infolge der Bildung von relativem Reichtum durch die Rohstoffrenten auf den Markt) niederkonkurriert worden. Die Produktionszweige waren untereinander wenig vernetzt, so dass sie nicht flexibel auf eine sich verändernde Nachfrage, insbesondere eine interne Massennachfrage, reagieren konnten. Eine Ausweitung der Rohstoffexporte wäre nur bei weiter sinkenden Preisen möglich gewesen. Deshalb

sollten mit durch Angebotskontrolle steigenden Rohstoffrenten die Produktionsapparate so umstrukturiert werden, dass sie eine wachsende innere Nachfrage befriedigen konnten.

Die Aufnahme der Produktion in bisher nicht wettbewerbsfähigen Branchen war betriebswirtschaftlich zumindest kurzfristig aus zwei Gründen nicht rentabel – d. h. nicht geeignet – die für die Fortführung des Akkumulationsprozesses erforderlichen Mittel aus der laufenden Produktion der neu aufgebauten Industrie zu erwirtschaften. Zum einen, weil neue Technologien Lernkosten verursachten: Die Arbeitskräfte waren unerfahren und die Infrastrukturen unzureichend. Zum anderen brauchten neue Produktionszweige Absatzmärkte: Ohne die entsprechende Weiterverarbeitung in Maschinenbau, Transportsausrüstungen oder dauerhaften Konsumgütern (Autos, Kühlschränke, Herde, Baustahl etc.) bleibt ein auf dem Weltmarkt noch nicht konkurrenzfähiges Stahlwerk eine Kathedrale in der Wüste. Die interindustrielle Verflechtung musste über einen Investitions- und Produktionsplan hergestellt werden. In Anlehnung an die Leontiev'sche Input-Output-Methode der Darstellung interindustrieller Verflechtungen wurden zeitlich gestaffelt mit 5- bis 10-Jahres-Perspektiven theoretisch erstmals von Rosenstein-Rodan (1943) und praktisch in der spätkolonialistischen französischen Industrialisierungspolitik (Plan von Constantine 1958–1963, Elsenhans 1974b: 596-598) Produktionsziele für einzelne Branchen formuliert, aus denen Investitionsprojekte abgeleitet wurden. Darauf folgend konnte auch der Aufbau einer für den Übergang zu Marktsteuerung entscheidenden lokalen Investitionsgüterproduktion angegangen werden.

Das Hauptkriterium für die Auswahl von Projekten war nicht die kurzfristige Rentabilität, sondern nur die Stellung eines einzelnen geplanten Unternehmens innerhalb der interindustriellen Beziehungen, die dieses im Fall der Verwirklichung einer großen Zahl dazu komplementärer anderer Projekte in einer Matrix zukünftiger wirtschaftlicher Aktivitäten einnehmen würde. Im Fall der Realisierung dieser Verflechtungen konnten die im Plan angenommenen Produktivitätsziele, also die erwartete betriebswirtschaftliche Rentabilität erreicht werden. Weil die Staatsklassen Renten investierten, konnten sie Projekte verwirklichen ohne den Zwang, auf absehbare Zeit rentabel sein zu müssen.

Voraussetzung für einen Erfolg war, dass sie – auch ohne dazu ökonomisch gezwungen zu sein – die Renten nicht für eigene

Privilegien vergeudet und sich dem Gebot der Erschließung von Massenmärkten beugten. Arme Haushalte konsumieren einfache Produkte; bei einer relativ egalitären Nachfrage konsumieren viele arme Haushalte im Unterschied zu wenigen reichen diese einfachen Produkte jeweils in großer Zahl. Dies erlaubt den Einsatz traditioneller Technologie. Sie kann lokal gefertigt werden, und sie kann häufig schrittweise durch Technologieimport verbessert werden, so dass ein Grundstock für eine lokale Investitionsgüterindustrie entsteht. Bei der Fertigung mit einfacher arbeitsintensiver Technologie und bei der Anwendung ausgereifter kapitalintensiver Technologie (Produktion von Massenkonsumgütern) sind die komparativen Kostennachteile der industriell rückständigen Länder vergleichsweise gering. Beim einzelnen Gut verlangen arme Haushalte in der Regel einen hohen Gebrauchswert und Standardqualität, während reichere Haushalte das Besondere, das ihnen als Konsumenten Prestige verleihende *Gadget* anstreben. Bei technisch anspruchsvollen Produkten gibt es kulturabhängig ähnliche Präferenzen der armen Haushalte (an oberster Stelle der Nahrungsmittelverluste reduzierende Kühlschränke), die eine anfängliche Konzentration auf eine geringe Produktpalette erlauben. Die Produkte für die reichen Haushalte erfordern dagegen neben handwerklichen Luxusprodukten vor allem teure Technologie. Die lokalen Absatzmärkte für solche Luxusprodukte sind im Regelfall eng und zwingen zu Hochkostenproduktion.

Das wirtschaftliche Erfordernis der Egalisierung der Massennachfrage stand in einem gewissen Widerspruch zur politischen Implikation der Zentralisierung der Ressourcen in den Händen der Staatsklassen: Weil der Zugang zu Ressourcen nicht von betriebswirtschaftlicher Effizienz abhing, eröffnete sich die Chance, schon die Bewertung, inwieweit gesetzte Ziele oder Planvorgaben erreicht worden sind zum Gegenstand von Auseinandersetzungen um Macht und Ressourcenverteilung innerhalb bürokratischer Apparate zu machen. Die offiziell erlaubte Wirklichkeit wurde zum Ergebnis politischer Verhandlungen. Hier waren diejenigen am durchsetzungsfähigsten, die über große Macht und über großes Ansehen verfügten, d.h. also über die Fähigkeit, ohne die Kosten der Ausführung angekündigter Maßnahmen drohen zu können, und innerhalb der Staatsklassen einen besseren Zugriff auf die Renten hatten. Konflikte zwischen rivalisierenden Segmenten ließen sich häufig am leichtesten

dadurch lösen, dass alle die Vergeudung durch andere akzeptierten und ihre Prestigeobjekte durch mehr Geldeinsatz zu Lasten der Massennachfrage verwirklichten. Die Politisierung selbst der Interpretation der Zielerreichung innerhalb der Staatsklassen zerstörte jede Konsistenz der Planung. Die von marxistischen und modernisierungstheoretischen, aber auch neoklassischen Entwicklungstheoretikern behauptete Notwendigkeit einer möglichst hohen Investitionsquote stützte die Begrenzung des Massenkonsums theoretisch ab. Wo aus einem ursprünglich emanzipatorischen Anspruch heraus Agrarreformen stattfanden, wurden die Bauern in staatliche Vermarktungsorganisationen gezwungen, um ihre potenziell steigende Kaufkraft im Namen des Vorrangs von Investitionen wieder abzuschöpfen.

Die Tendenz der Staatsklassen, Rivalen auszuschalten oder klientelistisch einzubinden und damit zu entmachten, sowie auch den Widerstand autonomer sozialer Klassen zu verhindern (Widerstand wurde explosionsartig vom nicht organisierten Volk geleistet), wurde in West und Ost mit der Notwendigkeit des starken Staats begründet, der die Kapitalakkumulation absichern muss. Die Auswüchse (Korruption, Privilegien) bekämpften die Vertreter der westlichen Modernisierungstheorie (insbesondere in der Verwaltungswissenschaft) und der östlichen Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs in einer nahezu isomorphen Glorifizierung der neuen Mittelklasse (im Westen) bzw. der nationalen Intelligenz (im Osten) erfolglos mit der konstruktivistisch betriebenen Verbesserung von Werthaltungen bzw. revolutionärem Bewusstsein.

Ein Erfolg der unzulänglichen Verwirklichung der staatlichen Industriepolitik war die keynesianische Belebung der Klein- und Mittelindustrie: Weil der staatliche Sektor mehr Einkommen schuf, als er Güter produzierte, entstand Kaufkraftüberhang, der – keynesianisch zu erwarten – bei expandierender Nachfrage nach zunächst wenig anspruchsvollen Produkten von privaten kleinen Unternehmen bedient wurde, und zwar um so effizienter und von Vorproduktimporten unabhängiger, je mehr die Nachfrage aus unteren Einkommen (Lohnempfängern in Staatsbetrieben) stammte. Mit oft nur geringen Verbesserungen bei der Ausbildung ihrer Beschäftigten und ihrer Infrastruktur reagierten unterentwickelte Wirtschaften auch in einem weiten Bereich recht flexibel auf Marktsignale, so dass staatliche Stützung sich oft auf eng begrenzte strategische Inputs hätte beschränken können.

Als die Finanzierungsspielräume erschöpft waren, reagierten die Staatsklassen des Südens mit immer heftigeren Forderungen nach Transfers, etwa nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung mit integriertem Rohstoffprogramm, und – im Vorgriff auf als sicher erwartete Einkommenstransfers – mit Kreditaufnahme bei den nach den Ölpreisteigerungen der 1970er Jahre überliquiden westlichen Banken. Für eine solche politisch-praktische Durchsetzung einer Erweiterung der Rentenbasis entfielen schon vor dem Fall der Berliner Mauer die weltpolitischen Grundlagen, als das realsozialistische Lager sich am Anfang der 1980er Jahre aus der Systemkonkurrenz im Süden zurückzog und als ab 1982 nach ihrem Zusammenbruch einige Schuldnerländer auch die OPEC verließen bzw. nicht mehr stützten (Mexiko).

Der innerhalb der staatlich vorangetriebenen ineffizienten Industrialisierung wirtschaftlich aufgestiegene private Sektor sah in den Staatsklassen zunehmend nur noch den räuberischen Fiskus. Angesichts sinkender Verteilungsspielräume erschienen staatliche Programme zur Stützung der Marginalen diesen immer mehr als vom Ziel politischer Nützlichkeit bestimmt und damit als korrupt. Die Staatsklassen waren allerdings bei der Verbreiterung der Schulbildung erfolgreich. Das hatte zur Folge, dass nach anfangs stürmischem Ausbau des öffentlichen Sektors für eine wachsende Zahl von Absolventen die Beschäftigungsmöglichkeiten knapp wurden. Den Etablierten, die den säkularen Ideen des westlich orientierten antikolonialistischen Widerstandes verpflichtet waren, wurden ihre Stellungen mit der Forderung nach stärkerer Betonung der kulturellen Identität (und der einheimischen Sprachen) streitig gemacht. Die alten und neuen Klein- und Mittelunternehmen, die neuen Generationen der Schulabgänger und breite Teile der Marginalisierten bildeten die gesellschaftliche Basis für den Wiederaufstieg der kulturellen Nationalisten. Ihre neuen kulturell identitären Bewegungen – oft als Fundamentalismus bezeichnet – sind stark in Ländern, wo die importsubstituierende Industrialisierung nur begrenzt erfolgreich ist, und die ökonomische Teilnahme der Massen nicht erreichte. Sie sind daher schwach im subsaharischen Afrika (kein Erfolg der Importsubstitution), in China und Vietnam sowie den asiatischen Tigernationen, aber stark in Nordafrika, in Indien und dem Rest Asiens. In Lateinamerika sammelt sich eine ähnliche Konstellation gesellschaftlicher Gruppen unter den Leitideen eines neuen Populismus.

7. Globalisierung und Fortdauer von Renten

In der neuen Phase der Globalisierung, in der viele das Ende des Entwicklungsstaates in der Dritten Welt sehen, wird die neoliberale Hoffnung nach einem Ende der Rente und der weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus und damit auch der alten Cobden'schen (1836: 295) Hoffnung auf eine weitgehend staatsfreie Weltgesellschaft nicht eingelöst werden.

Schon ein nur oberflächlicher Blick in die Statistik der Weltbank zeigt, dass die Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Kaufkraftparität (die Binnenkaufkraft) aller bei der Globalisierung erfolgreichen Wirtschaften des Südens im Durchschnitt ungefähr viermal höher sind als die Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Währungsparität (die Kaufkraft im Ausland). Der Erfolg der unterentwickelten Welt beim Export verarbeiteter Produkte hat also nur wenig mit niedrigen Reallöhnen zu tun, sondern beruht auf der niedrigen Bewertung ihrer Arbeitskraft auf dem Weltmarkt, also auf niedrigen Wechselkursen.⁵ Komparative Kostenvorteile müssen stets in preisliche Wettbewerbsfähigkeit verwandelt werden; bei Papierwährungen kann das über die Wechselkurse auf den Devisenmärkten geschehen. So haben Westdeutschland und Japan nach 1945 durch die massive Unterbewertung ihrer Währungen große Exporterfolge errungen. Unterbewertet bleiben Währungen technisch rückständiger Länder solange, bis sie dauerhafte Zahlungsbilanzüberschüsse, letztlich als Folge von Handelsbilanzüberschüssen erzielen oder Vollbeschäftigung erreichen und ihre Regierungen nicht zur Aneignung von Renten im Export auch bei höheren Preisen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Gütern (Beispiel: Rohstoffe) in die Devisenmärkte eingreifen.⁶

Bei Exporten zu Wechselkursen unterhalb der Kaufkraftparität werden die Arbeiter des Exportsektors die entsprechenden Reallöhne nur erhalten, wenn die Differenz des Werts der Lohngüter (bei einer Unterbewertung von 75 % z. B. 3/4 aller

5 Zur Bedeutung des Wechselkurses für die Konkurrenzfähigkeit schon früh für die innerkapitalistischen Strukturen ohne Einbeziehung der Unterbewertung von Währungen der unterentwickelten Welt, vgl. Busch 1973.

6 Der Versuch eines wirtschaftlich führenden Landes, statt durch Lohnsteigerungen im Inland die Ausweitung der Nachfrage durch Exportüberschüsse zu stimulieren, muss also die abwertungsgetriebene Industrialisierung der technisch rückständigen Welt begünstigen. Kapitalexporte des führenden Landes halten die Währungen in den unterentwickelten Ländern nur bedingt hoch, hängen aber von Lohnbegrenzung im führenden Land ab.

Lohngüter) von der Binnenwirtschaft produziert wird. Die Differenz zwischen der niedrigeren Kaufkraft dieser Löhne auf dem Weltmarkt und der höheren Kaufkraft auf dem Binnenmarkt kann nur von einem inländischen Angebot geschlossen werden. Bei noch niedrigen Einkommen (und damit einer Nahrungsmittelquote armer Haushalte von 50 bis 60 %) und einem hohen Anteil der lokalen Produktion an der Versorgung mit nichtlandwirtschaftlichen Gütern (Hauptposten: Kleidung, Haushaltsgegenstände, Möbel, Behausung, Transport), die wiederum in vielen unterentwickelten Ländern von armen Haushalten (also mit hoher Nahrungsmittelquote) hergestellt werden, ist deshalb für den Einstieg in die exportorientierte Industrialisierung die heimische Landwirtschaft und ihre Fähigkeit zur Produktion eines Nahrungsmittelüberschusses entscheidend. Nicht zufällig handelt es sich bei den führenden Exportnationen des Südens vornehmlich um Reisländer, in denen die Grüne Revolution besonders erfolgreich bei Ertragssteigerungen war. Alle bei der exportorientierten Industrialisierung erfolgreichen Flächenländer Asiens hatte zumindest in der Anfangsphase Selbstversorgung bei den Nahrungsmitteln erreicht.

Besonders sichtbar war die Beschäftigung von jungen Frauen. Sie boten den Vorteil von Lohnansprüchen, die nur unwesentlich unter den unmittelbaren Subsistenzkosten lagen, nicht aber die gesamten Reproduktionskosten abdecken mussten, weil sie nur ein Zusatzeinkommen zu den Familieneinkommen erwirtschaften wollten, bevor sie wieder aus dem Exportsektor ausschieden. Menschen aus überbevölkerten bäuerlichen Familienbetrieben bieten mithin dem Exportsektor ihre Arbeitskraft bereits zu Löhnen an, die nur oberhalb des sinkenden zusätzlichen Ertrags auf ihren Höfen, aber unter den Reproduktionskosten liegen können – also niedriger sind als die der landlosen Industriearbeiter, die mit jeder einzelnen Arbeitsstunde anteilig ihre familiäre Reproduktion sichern müssen.

Abwertungen sind schmerzhaft, denn sie bedeuten Erlöseinbußen bei Güterexporten, die sich auch bei höheren Wechselkursen gut verkaufen würden. Deshalb haben die im Export erfolgreichen Industrialisierungsländer ihre Exportsortimente nicht durch immer stärkere Abwertung diversifiziert, sondern Industriepolitik betrieben. So hat Südkorea den Import von Textilmaschinen verboten, als die Nachfrage nach seinen Textilexporten preisunelastisch wurde, also nur noch langsam bei

sinkenden Preisen stieg. Ähnliche Wirkungen hat ein steigen-der Integrationsgrad der Exportproduktion, der ausländischen Investoren regelmäßig auferlegt wird. Nach unserer Definition handelt es sich hierbei um die Aneignung einer Rente. Das lässt sich an der Alternative deutlich zeigen: Der südkoreanische Staat hätte auch, einem Ölland ähnlich, die Textilexporte besteuern und daraus ein staatliches Förderprogramm für den Textilmaschinenbau finanzieren können.

Die exportorientierte Industrialisierung und ihre Diversifizierung beruht somit auf Renten, die in der asiatischen Diskussion auch deutlich positiv bewertet werden (Khan/Jomo 2000).

Gegen abwertungsgetriebenes exportorientiertes Wachstum in den Entwicklungsländern wirkt Lohnzurückhaltung in den kapitalistischen Industrieländern nicht. Die einzige Alternative zum *race to the bottom* liegt in Vollbeschäftigung auch im Süden. Wer bei Vollbeschäftigung durch Unterbewertung seiner Währung „Überbeschäftigung“ anstrebt, importiert Inflation – wie es etwa der Fall der Bundesrepublik Ende der 1950er Jahre belegt. China wird daher eine solche Aufwertung wohl nicht mehr lange vermeiden können.

Bei Vollbeschäftigung in allen für die industrielle Arbeitsteilung relevanten Wirtschaften führt eine Innovation in einem technisch führenden Land zu einem Handelsbilanzüberschuss und zu Aufwertung der Währung als Folge des dadurch ausgelösten Zahlungsbilanzüberschusses. Zur Bezahlung des Handelsbilanzdefizits des Rests der Welt wird Währung des innovativen Landes nachgefragt. Im innovativen Land verlieren durch eine solche Aufwertung bisher gerade noch wettbewerbsfähige Branchen ihre Konkurrenzfähigkeit. In einem rückständigen Land wachsen durch Importsubstitution (bisher importierte Güter aus dem innovativen Land werden teurer in heimischer Währung) und vermehrte Exporte aus traditionellen Branchen (sie werden gegenüber traditionellen Produkten des innovativen Landes auf dem Weltmarkt billiger) Beschäftigung und Produktion. Die Verhandlungsmöglichkeit von Arbeit bleibt erhalten. Ich nenne dies ein Konvoi-Modell der Globalisierung (Elsenhans 2006a). Das Niveau der beteiligten Wirtschaften konvergiert wie im nordamerikanisch-europäischen Raum im Zeitalter des Imperialismus und ebenso nach 1945. Außer dem wenig beachteten John Atkinson Hobson (1938: 313) hat im Zeitalter des Imperialismus niemand das Argument des Ausweichens

auf billige Arbeitskräfte als Behinderung des Wachstums in den imperialistischen Ländern behandelt.

Wenn Schwellenländer mit ihren an Bedeutung zunehmenden Wirtschaften dauerhaft ihre Währungen abwerten, bricht das Konvoi-Modell zusammen. Eine gegenüber den führenden Industrieländern rückständige vollbeschäftigte kapitalistische Wirtschaft kann unter dem Konkurrenzdruck von solchen zu beliebig hohen Abwertungssätzen fähigen noch unterentwickelten Wirtschaften nicht darauf setzen, im Fall des Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit in hochtechnologischen Branchen durch zusätzliche Exportmöglichkeiten aus traditionellen oder rückständigen Branchen Beschäftigung zu schöpfen. Sie befindet sich zwischen dem Hammer des Wachstums der technisch führenden und dem Amboss der Wirtschaften, die ihre Industrialisierung durch Abwertungsstrategien vorantreiben.

In der Theorie des Produktzyklus und in der *Dependencia*-Theorie wird unterstellt, technische Führungspositionen könnten pfadabhängig aufgrund schon erworbenen technischen Wissens verteidigt werden. Wenn aber technischer Fortschritt entsprechend der Theorie endogenen Wachstums nicht nur von der Akkumulation physischen Kapitals, sondern von technischem Wissen abhängt, das vornehmlich durch die Praxis produktiver Tätigkeit (*Learning by Doing*) erworben wird, dann ist unwahrscheinlich, dass eine führende Wirtschaft in einer völlig neuen Branche – in der weder sie selbst noch irgendeine andere Wirtschaft bisher tätig war – sogleich über einen vergleichbar hohen Produktivitätsvorsprung verfügen würde wie in einer bisherigen führenden Branche – in der nur sie, aber nicht die anderen möglichen Wettbewerber Erfahrungen haben machen können. Auch wenn sie bei der Produktivität in der neuen Branche führen sollte, darf sie auf ihre Spezialisierung bei den alten Produkten nicht verzichten. Deutschlands Verschlagen der mikroelektronischen Revolution aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit bei nichtelektrischen Maschinen, Chemie und Fahrzeugbau ist ein deutliches Beispiel.

Der zur *Dependencia*-Theorie konträren Gefahr des Aufholens rückständiger Wirtschaften begegnen die kapitalistischen Industrieländer mit strategischem Handel, also Industriepolitik (Ziel des *Being First*), um über stets nur zeitweilige technische Monopole Renten für Innovationsfinanzierung zur Sicherung zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit anzueignen – ohne dass man allerdings in

technisch führenden Wirtschaften wüsste, wo denn diese Zukunftsbranchen lägen. Rentier wollen die Industrieländer aber in jedem Falle bleiben. Marktmacht durch Marken haben ähnliche Wirkungen: Mit Billigproduktion von Teilen im Ausland und Endfertigung in Deutschland kann der Automobilstandort Deutschland durch Nobelmarken bei sinkendem Beschäftigungsstand gehalten werden, weil die Einkommen von Kapital und Arbeit, aus Monopolrenten aufgrund eines Qualitätsimages gespeist werden.

Kapitalistische Industrieländer und sich über Abwertung industrialisierende unterentwickelte Länder verfolgen also in diesem Sinne beide Strategien der Schaffung und Nutzung von Renten. Die Forderung nach politischer Einbettung der wirtschaftlichen Globalisierung stellt häufig nur die Forderung dar, solches Streben von anderen mit Maßnahmen im eigenen Interesse zu behindern (Behinderung von Importen aus Ländern mit niedrigen Löhnen oder wechselkursbedingt niedrigen Arbeitskosten, Formulierung von Hygiene- und Umweltstandards). Eine solche Verflechtung von nationaler Interessenpolitik und Wettbewerb führt aufgrund der Fortdauer der Unterentwicklung in einem Teil der Welt zur weltweiten Globalisierung von Renteninteressen (Elsenhans 2004a). Dabei streben beide die Beschränkung der Binnennachfrage, also die Beschneidung der Masseneinkommen an und verstärken über unterkonsumtive Tendenzen in der Weltwirtschaft die Rente.

Globalisierung hat nicht unbedingt den Wettbewerb intensiviert: Die Zahl der international operierenden großen Autofirmen ist heute nicht wesentlich größer als vor 25 Jahren die Zahl der national in Deutschland operierenden Autofirmen. Bei Oligopolisierung entfällt die Sanktion einer Minderung der Profitmasse (und damit auch der Profitrate) im Fall niedriger Ausgaben für Investitionen in der realen Wirtschaft. Profitraten von über 10 % als Zielsetzung können auch im Hinblick auf die von der Neoklassik aufgestellte *Golden Rule of Accumulation* (Zinssatz, Profitrate und Wachstumsrate des Kapitalstocks müssen gleich sein) nur Ausdruck von Wettbewerbsbeschränkungen sein und müssten schon lange die neoliberalen Globalisierungsbefürworter auf den Plan gerufen haben. Für nicht für Realinvestitionen benötigte Gewinne gibt es Anlagemöglichkeiten auf Finanzmärkten, wo die Erträge nicht von der Realökonomie, sondern von politisch garantierten Erwartungen (dem kontinuierlichen Zufluss zusätzlicher finanzieller Mittel) abhängen – letztlich von einer wenig

strengen Geldpolitik der Zentralbank und der staatlichen Bereitschaft zur Alimentierung der inflationären Entwicklung auf den Finanzmärkten (Elsenhans 2000a: 528–538). Hohe Erträge in diesen Anlagen sind politisch geschaffene Renten und erschweren nicht nur Investitionen in die reale Ökonomie, sondern haben inzwischen auch die seit langem aus Rentiersökonomien des Südens bekannte Geringachtung produktiver Arbeit zugunsten der spekulativen Bereicherung in die kapitalistischen Industrieländer exportiert (z. B. derzeit die Managergehälter, deren Arbeitsmärkte durch hohe Zutrittsbarrieren geschützt sind). Dass das hier entstandene Finanzkapital keinen realen Gegenwert hat, zeigt sich heute schmerzlich im Zusammenbruch der Finanzinstitutionen. Die durch oligopolistische Strukturen verstärkten unterkonsumtiven Tendenzen könnten nur überwunden werden, wenn durch Überwindung von Marginalität die Verhandlungsmacht von Arbeit im Süden und im Norden (wieder-) hergestellt würde. Der Weg zur Vollbeschäftigung würde in den exportorientiert sich industrialisierenden Ländern durch eine eher egalitäre Einkommensverteilung verkürzt. Denn mit dem Anwachsen binnenmarktorientierter Sektoren durch wachsende Massennachfrage spränge der technische Fortschritt, der sich im exportorientierten Sektor vollzieht, leichter auf binnenmarktorientierte Sektoren über. Eine zusätzliche wachsende binnenmarktorientierte Industrie erweiterte die Nachfrage nach Investitionsgütern und schuf Anreize für deren lokale Herstellung. Der Anteil des Binnenmarkts am Sozialprodukt war in allen asiatischen Tigerstaaten höher als in Deutschland heute. Die entsprechend höheren Realeinkommen hätten allerdings keinen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, weil diese eben von der Währungsparität abhängt.⁷

Anders als von den Globalisierungskritikern behauptet wird, ist für die Herstellung der Verhandlungsmacht von Arbeit die

7 Ich habe den Ansatz einer alternativen Entwicklung durch Massenproduktion für Massenkonsum (Elsenhans 1974c, 1982) trotz der Dependenciateoretischen Eierschalen der anfänglichen Version gerade gegen die Thesen der Dependencia-Theorie formuliert, auch weil ich eine nicht präzise eingegrenzte Abkopplung schon damals für problematisch und die Außenwirtschaftsstrategie für sekundär hielt gegenüber der Massennachfrage als Bedingung für Wachstum. Bei diesen ersten Formulierungen eines alternativen Ansatzes hat mich Dieter Senghaas trotz unserer unterschiedlichen Bewertung der Relevanz der außenwirtschaftlichen Flanke gegen die Kritik orthodox Dependencia-orientierter Positionen in Schutz genommen.

Angleichung der Reallöhne in den über Exportproduktion sich industrialisierenden Wirtschaften der unterentwickelten Welt nicht notwendig. Die parallele Verfolgung des Vollbeschäftigungsziels, die schon Keynes 1944/45 gefordert hatte, würde reichen. Die Gegenposition dient nur dazu, Ängste zu erzeugen, Arbeit im Westen zu disziplinieren und eine weltweite reformistische Praxis von Arbeit unmöglich zu machen, weil eine gemeinsame Lösung unmöglich erscheint.

Problemregionen mit starker gesellschaftlicher Zerklüftung blieben all jene Gebiete, die ohne eine interne Rente aus der Nahrungsmittelproduktion nicht zur Strategie der Überwindung von Marginalität durch Abwertung ausnutzende Industrialisierung in der Lage sind. Diese Wirtschaften waren in der Regel jedoch zu selbstzentrierter Entwicklung gar nicht fähig. Es handelt sich dabei um Gebiete, deren geographisch-ökologische Bedingungen weder Exportorientierung noch binnenorientierte Entwicklung erlauben. Dazu zählt wahrscheinlich ein Teil des subsaharischen Afrikas.

Was aber geschieht, wenn die Finanzmärkte eine solche Nachfrageexpansion durch Kapitalflucht sanktionieren? Für die unterentwickelte Welt, die ihre Investitionsgüter importiert, wäre dies ein schwerwiegendes, aber gleichwohl vorübergehendes Problem, weil ihre Zahlungsbilanz sich verschlechtern würde und sie dann marktorientiert zur Importsubstitution übergehen würde. Für entwickelte Industrieländer mit eigener Investitionsgüterproduktion und ohne nennenswerte Auslandsverschuldung würde der Abzug von Finanzkapital lediglich eine Verbesserung der Wettbewerbssituation in der Realwirtschaft durch einen sinkenden Wechselkurs zur Folge haben. Ein funktionierendes lokales Banksystem kann den Wegfall des Zugangs zu internationalen Finanzmärkten im Regelfall ausgleichen. Der Anteil internationalen Finanzkapitals an der Investitionsfinanzierung war selbst in Korea extrem niedrig.

8. Kooperation und Fragmentierung der Rentiers im internationalen System

Eine weltweite Konzertierung zur Herstellung von Vollbeschäftigung ist wenig wahrscheinlich. Weil die zweitbeste Lösung der Nutzung von Renten für Industriepolitik verfügbar ist, werden die Länder des Südens sie ergreifen, theoretisch unterstützt durch die Kritik der Globalisierung und die herrschenden Entwicklungstheorien, die dem Staat im Regelfall eine große Verantwortung zuweisen – ohne zu präzisieren, welche Art staatlicher Politik vonnöten wäre (so auch Senghaas 2008).

Die neuen kulturell identitären Bewegungen und ihre Pendants in Lateinamerika teilen das nationalistische Erbe der säkularen Nationalisten, die sie ablösen. Der von den säkularistisch orientierten Nationalisten errichtete Staat der Staatsklassen und der Importsubstitution berief sich zwar auf universale Zielsetzungen und Normen und hatte im Kampf für Entkolonisierung und gerechte *terms of trade* (Rohstoffpreise) die Bewegung der Blockfreien und dann der Gruppe der 77 gegründet, doch waren die Staatsklassen früh in ihren außenpolitischen Mustern an der Sicherung ihrer relativen Macht orientiert (Beispiel chinesisch-indischer Konflikt). Die Entscheidungen zugunsten des Aufbaus auch militärischer nuklearer Potenziale sind meist lange vor dem Ende der bipolaren Konfrontation im Norden gefallen. Insbesondere die neuen *Emerging Powers* der BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) verfolgen heute realistische Machtpolitik und äußern deutlich ihr Desinteresse an den konstruktivistischen Ansätzen in Westeuropa, die eine Verrechtlichung des internationalen Systems anstreben (Mohan 2003: 75).

Die neuen kulturell identitären Bewegungen kritisieren zwar den aufgeblähten Staat der säkularistischen Staatsklassen. Sie treten für einen Markt in der Form der *Moral Economy* im Innern ein, befürworten aber eine außenwirtschaftliche Liberalisierung, wenn es ihre wirtschaftlichen Interessen befördert (Elsenhans 2004c; 2006b). Programmatisch treten nur die Mittelschichten in Lateinamerika und im subsaharischen Afrika, nicht aber in Asien (weder in China noch in Indien) für Freihandel ein. In der Praxis unterscheiden sich die Außenwirtschaftsstrategien der Kommunisten in China, der neuen kulturell identitären Bewegungen in Indien oder im islamischen Raum, und der Neopopulisten und gemäßigten Linken in Lateinamerika wenig (Elsenhans 2004b).

9. Folgen in der internationalen Politik

Nicht nur die USA, sondern auch die neu aufsteigenden Mächte des Südens verfolgen Politiken des machtpolitischen Gleichgewichts. Wir befinden uns bereits in einer Weltwirtschaft, die durch Rentenaneignung und sanften Staatsinterventionismus gekennzeichnet ist. Sie entspricht einem auf Machtrivalität und Mächtigegleichgewicht bestimmten Staatensystem, das sowohl von den USA, als auch von den neu aufsteigenden Mächten des Südens verfolgt wird. Beide Strukturen stützen sich wechselseitig und entsprechen den Zielsetzungen wichtiger gesellschaftlicher Akteure der Schwellenländer, trotz deren oft unterschiedlichen Weltansicht (Ex-Kommunisten, kulturelle Nationalisten, Neopopulisten).

In der deutschen Diskussion stoßen diese außenpolitischen Deutungsmuster auf Ablehnung seitens der Konstruktivisten und der Vertreter einer (zivil-)gesellschaftspolitischen Transformation von Machtpolitik. Tatsächlich ist deren Folie eines auf Machtgleichgewicht orientierten internationalen Systems einer Analogie zu der als friedlos wahrgenommenen Periode des 19. Jahrhundert geschuldet. Das dabei gescholtene Wiener System war aber eine Welt der Verpflichtung der Mitglieder auf *Good Governance* (damals definiert als monarchisches Prinzip). Sie bescherte im Vergleich zum 20. Jahrhundert lange Jahre des Friedens und der Abstimmung zwischen den Großmächten und war nur unfähig zur Anpassung an die Herausforderungen neuer sozialer Bewegungen.

Für das heutige System des Machtgleichgewichts erzwingt die nukleare Rüstung eine Kultur der Defensive (die dem Wiener System – allerdings erst Ende des 19. Jahrhunderts – abhanden gekommen war). Schon während des Kalten Kriegs gab es ein permanentes Problem der Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung, insbesondere ihrer Gültigkeit für fremde Territorien (Beispiel der Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Abschreckung für Westeuropa). Frankreich gab Algerien unter vielen anderen – z. T. auch wichtigeren Gründen – auch deshalb auf, weil es nicht als eigenes geheiligtetes Territorium glaubwürdig mit Nuklearwaffen hätte verteidigt werden können (Elsenhans 1974b: 300–310).⁸

8 Algerien hatte bis 1962 zwar rechtlich den Status von Departements und wurde oft als Teil Frankreichs bezeichnet, war aber allein durch den offenbaren Willen seiner Bevölkerungsmehrheit eben nicht Teil Frankreichs

Militärisch kann man fremde Territorien sowohl gegen Aufständische im Land als auch gegen Dritte nur mit konventionellen Truppen verteidigen. Konventionell jedoch ist der technisch-militärische Vorsprung der Großmächte, insbesondere der USA, eher gering. Daher lässt sich ein solcher Krieg von Aufständischen durchaus militärisch gewinnen. Gegenmaßnahmen erfordern die Aufbietung enormer personeller Ressourcen (in Algerien kam 1954-1962 ein Soldat auf fünf männliche Einwohner). Im Irak zeigt sich heute dieselbe Konstellation.

Selbst für Länder mit großen personellen Ressourcen ist politische und ökonomische Einflussnahme billiger als die militärische Besetzung von Gebieten. Naturgemäß ist eine solche Einflussnahme in geografisch benachbarten Regionen leichter als in fernen. Daraus entwickelt sich ein System, in dem die Großmächte gleichzeitig regionale Führungsmächte sind, deren Ordnungsrolle von den anderen respektiert wird. Da selbst für die USA die Projektion militärischer Macht außerhalb ihrer regionalen Einflusszonen schwierig geworden ist, ist ein System saturierter defensiv operierender und zur Konzertierung neigender Großmächte mit starker Einflussnahme auf die eigene benachbarte Region zu erwarten.

Fragen der Verteilung von Ressourcen oder der Aufteilung der Kosten der Bewältigung von Umweltlasten oder handelspolitische Streitpunkte werden in einem solchen zukünftigen internationalen System nicht zu bewaffneten Konflikten führen, genauso wie das Wiener System an vergleichbaren oder für das Gleichgewicht noch essenzielleren Fragen wie der kolonialen Aufteilung der Welt nicht gescheitert ist. Nur die Furcht, eine Mächtegruppierung könne das Gleichgewicht entscheidend verändern und dann zur Hegemonialmacht werden, würde den Frieden bedrohen.

Im arabischen und im afrikanischen Raum haben die europäischen Kolonialmächte nach 1945 das Entstehen solcher regionaler Führungsmächte bewusst verhindert. Es entstanden eine Vielzahl von Herrschaften ähnlich den Herrschaften, die durch den Westfälischen Frieden formal zu Subjekten der Weltpolitik wurden, aber doch nur Objekte anderer Mächte sein konnten. Dieser weiche Bauch des Staatensystems könnte auch heute die Großmächte zur Neuverteilung des Einflusses einladen. Eine zu erwartende Rationalisierung des Staatensystems könnte ein solches friedensbedrohendes Problem darstellen.

Lange schon vor dem Konstruktivismus hatten die Imperialismustheorien – von Kautsky (1914) über Lenin bis Kehr (1930: 264–271; 1970) – der Primat der Innenpolitik hervorgehoben. In den 1950er und 1960er Jahren wurde dann in der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses die Abhängigkeit von Aggressivität nach Außen von innenpolitischen Gefährdungen der jeweiligen Eliten in einer von den Konstruktivisten bis heute nicht erreichten empirischen Genauigkeit herausgearbeitet. Aus dieser Sicht heraus sind die Rentiersysteme, die zumindest im asiatischen, lateinamerikanischen und subsaharischen Raum entstehen, aufgrund ihrer innenpolitischen Strukturen außenpolitisch defensiv.

Die größeren unter den aufstrebenden Mächten, insbesondere die BRIC, sind keine Nationalstaaten im Sinne der politischen Organisation einer ethnischen Schicksalsgemeinschaft, sondern multiethnische Reiche. Die schon vor dem Industriekapitalismus einsetzende Homogenisierung von Sprache war ein typisch europäisches Element frühbürgerlicher Strukturen, die den Übergang zum Kapitalismus förderten. Bei nachholender Entwicklung jedoch ist diese Homogenisierung unnötig. In den nichteuropäischen Staaten gibt es neben der Identifikation ihrer Bürger mit einer konstruierten Geschichte und der Sozialisation in gemeinsamen Kommunikationsmustern im öffentlichen Leben und gemeinsamen Elementen von Deutungsmustern für die soziale Wirklichkeit (Kultur) zusätzliche Zugehörigkeiten engerer Art über Sprache, Religion und Regionalgeschichte. Dabei gibt es Kernethnien und Kernsprachen wie Hindi oder Mandarin, neben denen Lokalsprachen und lokal begrenzte historische Diskurse stehen, ohne dass dies notwendig zur Eigendefinition als nationale Minderheit führen müsste. Im Bereich der Kerngruppen gibt es wenige Mitglieder außerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen, die – ähnlich dem 19. Jahrhundert in Europa – aufgrund ihres Irredentismus befreit werden müssten. Alle als wichtige Spieler sichtbaren Staaten können aus dieser Perspektive als saturiert angesehen werden. Die Zahl der sprachlich eher homogenen Staaten in Asien ist verschwindend gering (Korea, Japan, Vietnam und vielleicht Iran).

Die geringere Homogenität ihrer Gesellschaften, insbesondere ihrer herrschenden Klassen, macht sie außenpolitischen Abenteuern gegenüber eher vorsichtig. Versäulungen erschweren Bündelungen innergesellschaftlicher Kräfte. Wechselseitig

nehmen sie sich eher als instabil wahr und sind daran interessiert, die Führungsgruppen der jeweils anderen Mitspieler zu stabilisieren. Im Interesse der Berechenbarkeit folgt man in diesen Gruppen dem Prinzip: Schütze Deinen Partner. Konfliktpotenzial könnte dadurch entstehen, dass sie im Festhalten an der Macht wenig geneigt sind, sozialen Wandel zu befördern. Demokratisierung ist weitgehend im formalen stecken geblieben, ohne die gesellschaftlichen und ökonomischen Hierarchien in Frage zu stellen. Weil ohne Tendenz zur Vollbeschäftigung die Konstitution autonomer sozialer Klassen durch Bildung starker Arbeiterbewegungen eingeschränkt ist, dürfte sich an dieser „Ultrastabilität“ wenig ändern.

Das sich herausbildende Staatensystem des 21. Jahrhunderts ist durch Stabilität und Kompromiss gekennzeichnet. Zwischen den Mächten dominiert solidarische Rivalität. Sie wollen ihre militärische Macht, ihre ökonomischen Ressourcen und ihr Ansehen sichern und mehren (wobei sich diese Ziele vielleicht entsprechend Bourdieus Kapitalsortentheorie erweitern ließen, Bourdieu 1992). Alle Teilnehmer sind daran interessiert, ihre Rivalen weder militärisch noch ideologisch oder prestigemäßig übermäßig herauszufordern. Keine der Großmächte zwingt eine andere zum Gesichtsverlust; keine unterstützt ernsthaft innenpolitische Gegner bei der anderen Großmacht. Chinas Zurückhaltung in Kashmir oder Assam entspricht Indiens Zurückhaltung in Tibet.

Die großen Mächte sind bestrebt, sich in keine Konflikte mit anderen hineinziehen zu lassen, und suchen deshalb gemeinsam, Veränderungen in der Kräftekonstellation durch kleinere Mächte zu behindern. Das Einvernehmen beim Kampf um Schließung des Klubs der Nuklearmächte ist ein Zeichen für dieses Verhalten.

Ein multipolares System des Machtgleichgewichtes steht nicht im Gegensatz zu konstruktivistischen Hoffnungen auf Abbau von Feindbildern und Zunahme friedensverträglicher Definitionen nationaler Interessen; das hat schon das Wiener System gezeigt. Ein solches multipolares System kann einhergehen mit sehr starken zivilgesellschaftlichen Netzwerken, wie die Einflussnahme Russlands auf die deutsche Politik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch dynastische Allianzen belegt. Die Subversivität der heutigen internationalen Zivilgesellschaft der Nichtregierungsorganisationen dürfte eher begrenzt sein, auch weil sie in der makroökonomischen Analyse eher dem Mainstream

verhaftet sind. Sie passen sich den Strategien der Regierungen weitgehend an und können sich der Logik der Rente im Verhältnis zu ihren Zielgruppen nicht entziehen. Zudem sind sie ohne starken Rückhalt in den eigentlichen Zivilgesellschaften der durch Renten geprägten *Emerging Powers*, mit denen sie sich manchmal akkomodieren können, ohne sie zu ersetzen. Zwar wird im Bereich der *Low Politics* auch mit ihrer Kooperation das Geflecht rechtlicher Normierungen zunehmen, doch werden die Mächte auf ihr souveränes Recht nicht verzichten, nur durch eigene Entscheidungen, nicht aber durch Mehrheitsentscheidungen gebunden zu werden. Kleine Mächte werden der Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen gegen die Großmächte ihre Absicherung gegen Übergriffe von Großmächten in der in ihrer Souveränität begründeten fundamentalen Gleichheit der Staaten vorziehen – insbesondere wenn für die Großmächte die Kosten des Einsatzes militärischer Macht für Prestige und diplomatische Durchsetzungsfähigkeit hoch sind.

Ich sehe nicht, dass in diesem System große, der Arbeiterbewegung des europäischen Kapitalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert vergleichbare autonome Klassen entstehen könnten, die die Herrschenden dazu bewegen würden, das Risiko aggressiven außenpolitischen Verhaltens als kleineres Übel zu betrachten. Die Herrschenden werden deshalb ihre internen Renten weiterhin zur Fragmentierung, Kooptation und Repression sozialer Bewegungen einsetzen und sich außenpolitisch moderat und diskret der Unterstützung der außenpolitischen Partner in den anderen Mächten versichern (was viele kleine Konflikte nicht ausschließt). Der im Westen vorherrschende Diskurs über den Aufstieg der Zivilgesellschaft und die Zivilisierung der Welt richtet sich objektiv – wenn auch vielleicht unwillentlich – gegen neue soziale Bewegungen, die das derzeitige Kräfteverhältnis in Frage stellen. Er trägt zur Verkleisterung der aus den Ungerechtigkeiten der Globalisierung resultierenden Widersprüche bei. Insofern wären die neuen kulturell identitären und die neopopulistischen Bewegungen noch das einzige verbliebene Ventil für Protest, das aber nicht notwendig zur Verhandlungsmacht von Arbeit und zur Zivilisierung des Weltsystems beitragen wird. Eines der Kennzeichen von Dominanz von Rente ist gerade die Verschiebung der die Gesellschaften strukturierenden Konflikte auf Nebenkriegsschauplätze.

Ob der arabische Raum mit Palästina sich der Integration in die wenigstens zeitweise sozialen Wandel blockierende internationale Gesellschaft eines von Renten dominierten Staatensystems entzieht und hier eine Ausnahme macht, ist diskussionswürdig. Alle außenpolitischen Eliten der bestimmenden Mächte scheinen deshalb im Kampf gegen den Terror ein geeignetes Instrument zu sehen, den äußeren Einfluss auf diese Region aufrechtzuerhalten.

Literatur

- Amin, Samir, 1975: Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hoffmann & Campe: Hamburg.
- Bortkiewicz, Ladislaus von, 1907: Wertrechnung und Preisrechnung im Marx-schen System, 3. Teil, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 25, 2, S. 445-489.
- Bourdieu, Pierre, 1992: Die verborgenen Mechanismen der Macht, VSA: Hamburg.
- Busch, Klaus, 1973: Ungleicher Tausch – Zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, ungleichen Tausch und komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emanuel, in: Probleme des Klassenkampfs, 3, 8/9, S. 47-88.
- Chambers, James D., 1946: Enclosures and the Small Land-Owner, in: Economic History Review, 10, 2 (November), S. 118-127.
- Crafts, Nicholas F.R., 1989: „Revealed Comparative Advantage in Manufacturing, 1899-1950“, in: Journal of European Economic History, 18, 1 (Frühjahr), S. 127-135.
- Cobden, William, 1967 [1836]: Russia: Protection of Commerce, in: Richard Cobden, Political Writings (1), William Ridgway: London, S. 284-339.
- Elsenhans, Hartmut, 1974a: Entwicklungstendenzen der Welterdölindustrie, in: Hartmut Elsenhans (Hg.), Erdöl für Europa, Hoffmann & Campe: Hamburg, S. 7-47.
- Elsenhans, Hartmut, 1974b: Frankreichs Algerienkrieg 1954-1962. Entkolonialisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche, Carl Hanser: München.
- Elsenhans, Hartmut, 1974c: Die Überwindung von Unterentwicklung, in: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung, Hoffmann & Campe: Hamburg, S. 162-189.
- Elsenhans, Hartmut, 1980: Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung des Massenmarktes erfordert, in: Verfassung und Recht in Übersee, 13, 4, S. 283-318.
- Elsenhans, Hartmut, 1981: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Campus: Frankfurt a. M., New York.

Elsenhans, Hartmut, 1982: Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für den Massenbedarf – Weiterentwicklung eines Ansatzes, in: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), *Handbuch der Dritten Welt* (1): Unterentwicklung und Entwicklung – Theorien, Strategien, Indikatoren, Hoffmann & Campe: Hamburg, S. 152-182.

Elsenhans, Hartmut, 1991: Capitalism: Subtle Appeal (A Report), in: Jawaharlal Nehru University News, 13, 2 (Februar) ; S. 22-24.

Elsenhans, Hartmut, 1994: Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-Sustained Capitalism, in: *Pakistan Development Review*, 33, 4 (Dezember), S. 393-428.

Elsenhans, Hartmut, 1995: Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung, in: Hans Bernd Schäfer (Hg.), *Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern*. Schriften des Vereins für Socialpolitik 246, Duncker und Humblot: Berlin, S. 193-221.

Elsenhans, Hartmut, 1999: Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, 9, 3, S. 114-142.

Elsenhans, Hartmut, 2000a: Die Globalisierung der Finanzmärkte und die Entstehung einer neuen Rentenklasse, in: Ulrich Menzel (Hg.), *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*. Dieter Senghaas zum 60. Geburtstag, Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 518-542.

Elsenhans, Hartmut, 2000b: The Rise and Fall of Really Existing Socialism, in: *Journal of Social Studies* (Dhaka), 87 (Januar-März), S. 1-16.

Elsenhans, Hartmut, 2001: Europe's Development and South Asia's Underdeveloped: Globalisation and the Role of the State", in: Vivekanandan, B.; Giri, D. K. (Hg.), *Contemporary Europe and South Asia* Concept Publishing Company: New Delhi, S. 21-77.

Elsenhans, Hartmut, 2004a: Globalisierung von Profit oder Globalisierung von Rente, in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften*, 55, 3, S. 263-289.

Elsenhans, Hartmut, 2004b: Good Governance, Moral Economy, and the Shift from Secular State Classes to Identitarian Political Movements with Reference to Developing Countries, in: *Indian Journal of Political Science*, 65, 4 (Oktober-Dezember), S. 469-498.

Elsenhans, Hartmut, 2004c: L'OMC, la mondialisation et les nouveaux mouvements politiques du sud: le cas de l'Inde. The WTO, Globalisation and the New Political Movements of the South: Contradictions in Paradigm and their Impact on the Strategy of India, in: *Naqd – Revue d'études et de critique sociale* (Algier), 19/20, S. 227-264.

Elsenhans, Hartmut, 2006a: Globalization Between A Convoy Model and An Underconsumptionist Threat, LIT Verlag: Münster.

Elsenhans, Hartmut, 2006b: The WTO, Globalisation and New Political Movements of the South, in: Hartmut Elsenhans und Rajendra K. Jain (Hg.), *India, the European Union and the WTO*, Radiant Publishers: New Delhi, S. 51-98.

Elsenhans, Hartmut, 2007a: Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung. Vom Zeitalter der Entdeckungen zum 1. Weltkrieg. Herausgegeben mit einem Vorwort von Matthias Middell, Leipziger Universitätsverlag: Leipzig.

Elsenhans, Hartmut, 2007b: Politische Ökonomie der Sklaverei vom 16.-18. Jh., in: Tobias Reichardt und M. Erdem (Hg.), Unfreie Arbeit. Ökonomische und kulturgeschichtliche Perspektiven, Georg Olms: Zürich, NewYork, Hildesheim, S. 242-259.

Habakkuk, Hrothgar J., 1939: English Landownership 1680-1740, in: Economic History Review, 10, 1 (November), S. 2-18.

Hobson, John Atkinson, 1938: Imperialism. A Study, Allen & Unwin: London.

Hostetler, Laura, 2000: Qing Connections to the Early Modern World: Ethnography and Cartography in Eighteenth-Century China, in: Modern Asian Studies, 34, 3 (Juli), S. 623-662.

Ibn Khaldūn, Abd-al-Rahman, 1967: Discours sur l'Histoire universelle. Al-Muqaddima. Traduction nouvelle, préface et notes par Vincent Monteil, Sindbad: Paris.

Jaspers, Karl, 1948: Die Achsenzeit in der Weltgeschichte, in: Monat, 1, 6 (Juni), S. 3-9.

Kalecki, Michal 1943: Political Aspects of Full Employment, in: Political Quarterly, 14 (1943); S. 322-331.

Kautsky, Karl, 1914: Der Imperialismus, in: Neue Zeit, 32, 2, S. 908-922.

Kehr, Eckart, 1930: Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Dr. Emil Ebering: Berlin.

Kehr, Eckart, 1970: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Walter de Gruyter: Berlin.

Khan, Mushtaq H., und Jomo, Kwame Sundaram, 2000: Rents, Rent-Seeking and Economic Development. Theory and Evidence in Asia, Cambridge University Press: Cambridge et al.

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1972 [1899]: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie. Lenin Werke 3, Dietz: Berlin.

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1977 [1917]: Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Wladimir Iljitsch Lenin, Werke 22, Dietz: Berlin, Bonn, S. 189-309.

Luxemburg, Rosa, 1923 [1912]: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten: Berlin.

Marx, Karl, 1972 [1867]: Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie (1): Der Produktionsprozeß des Kapitals. MEW 23, Dietz: Berlin.

Marx, Karl, 1972 [1894]: Das Kapital (3): Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Akkumulation. MEW 25, Dietz: Berlin.

Marx, Karl, 1974 [1857-1858]: Grundrisse der politischen Ökonomie, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt a. M.

Mohan, C. Raja, 2003: Crossing the Rubicon: The Shaping of India's New Foreign Policy, Viking: New Delhi.

Nohlen, Dieter, und Sturm, Roland, 1982: Über das Konzept der strukturellen Heterogenität, in: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt (1): Unterentwicklung und Entwicklung – Theorien, Strategien, Indikatoren, Hoffmann & Campe: Hamburg, S. 92-116.

Okishio, Nobuo, 1961: Technical Change and the Rate of Profit, in: Kobe University Economic Review, 7, S. 85-99.

Rosenstein-Rodan, P.N., 1943: Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe, in: Economic Journal, 53, 210 (Juni-September 1943), S. 202-211.

Senghaas, Dieter, 1977: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Suhrkamp: Frankfurt a. M.

Senghaas, Dieter, 2008: Der Leviathan in diesen Zeiten, in: Leviathan 2, S. 175-190

Vernon, Raymond, 1966: International Investment and International Trade in the Product Cycle, in: Quarterly Journal of Economics, 80, 2 (Mai), S. 190-207.

Wallerstein, Immanuel Maurice, 1974: The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century, Academic Press: New York, Orlando, Fla.

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die WeltTrends *Papiere*!

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Zerklüftung im kapitalistischen Weltsystem

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Nachwort

Kai Friedrich Schade

Eine Aufmerksamkeit besonderer Art verdient der Beitrag von Hartmut Elsenhans, wurde seine Veröffentlichung doch von der Zeitschrift *Leviathan* abgelehnt. Das verlangt Klärung.

1. Am 12. März 2008 wird Elsenhans von der Redaktion des *Leviathan* gefragt, ob er zu einer Begutachtung bereit sei – im Rahmen des von der Zeitschrift gepflegten peer reviewing-Verfahrens. Es geht um einen Artikel von Dieter Senghaas. Elsenhans sagt zu und gelangt in der positiven Beurteilung zu der Folgerung, dass der Text von Senghaas als Aufhänger für eine Diskussion im *Leviathan* verstanden werden sollte, deren Hauptaspekte Elsenhans umreißt.

2. Die Redaktion greift den Vorschlag auf und bittet Elsenhans um einen Beitrag, den dieser in abgesprochener Länge zusagt.

3. Pünktlich erreicht der Artikel die Redaktion. Sie äußert nach Wochen überraschend die Kernsubstanz des Beitrages beseitigende Umarbeitungswünsche. Elsenhans versteht dies als Ablehnung. Er zieht den Beitrag zurück – mit ausführlicher Begründung.

4. Nun gibt sich der Redakteur missverstanden, bekundet großes Interesse. Er habe seine Einlassungen als Vorschläge gedacht – ad libitum, wobei er anregt, einen Beitrag von Elsenhans eventuell in zwei Teilen zu bringen.

5. Elsenhans kommt entgegen und will im Hinblick auf einen geschlossenen Beitrag über die „Anregungen“ der Redaktion befinden, wobei er auf Widersprüche in deren Einlassungen verweist.

6. Vier Wochen später unterbreitet Elsenhans eine detaillierte Disposition, um der Redaktion eine klare Grundlage für eine verlässliche Entscheidung zu geben. Diese sagt erneut zu – auf der Basis seiner Gliederung in vereinbarter Länge. Die für diesen Beitrag vorgesehenen Gutachter werden unterrichtet.

Dr. Kai Friedrich Schade,
Volkswirt und Soziologe,
langjähriger Chefredakteur
der „Zeitschrift Entwick-
lungspolitik“, jetzt freiberuf-
lich tätig.

kompetenz.kreativ@gmx.de

7. Elsenhans liefert formatgerecht ab – mit relevanten Kürzungsalternativen. Die Redaktion will nun die üblichen zwei Gutachten einholen.

8. Vier Wochen später heißt es seitens der Redaktion: „Ihr Manuskript wurde angenommen“ mit der „Auflage: Das Papier sollte gekürzt werden“, in dem auf die theoretische Begründung und historische Herleitung (die Punkte 1 bis 5 im vorliegenden Beitrag), zu verzichten sei. – also an anderer als von Elsenhans als Kürzungsvariante angebotenen Stelle.

9. Elsenhans besteht auf vereinbarter Länge und den argumentativ entscheidenden Passagen.

10. Der Redakteur ist „beeindruckt“ von der Vorlage, die „eine Auseinandersetzung lohnt“. Er habe sie jetzt redaktionell, den Stil betreffend, bearbeitet. Elsenhans ist damit „auf der Grundlage des vollständigen Artikels“ einverstanden und regt an, Se. diesmal in seiner Funktion als einer der Herausgeber des *Leviathan* zu fragen, ob er die Gutachter nicht hinsichtlich ihrer Bedenken zur Textlänge „milde stimmen“ könne.

11. Unglücklicherweise, antwortet die Redaktion, habe sie ein Missverständnis produziert, indem sie Elsenhans versehentlich eine Fassung seines Artikels vorgelegt habe, die die abzulehnende Passage doch enthalten habe. Der Redakteur will aber die Gutachter für die komplette, zuvor zwischen Redaktion und Elsenhans ja bereits abgestimmte Version gewinnen.

12. Der Redakteur „konnte die Gutachter nicht dafür gewinnen“. Ihm ist deshalb „nicht mehr sehr wohl bei der Sache“. Er rät, Elsenhans möge eine kürzere Fassung beim *Leviathan*, die längere anderswo publizieren, was dieser zurückweist. Er vermisst die beim peer reviewing übliche Zusendung der Gutachten, die er bei seiner Entscheidung berücksichtigt hätte. Er wertet die ihm entgegen der Absprache zugemutete „Amputation“ seines Artikels als dessen Ablehnung. Gutachter seien nicht berechtigt, zu einer Kürzung aufzufordern, die theoretischer Argumentation den Boden entziehe. Er werde seinen Text bei *WeltTrends* publizieren und schlägt vor, dass ihm die – den Regularien entsprechend – nicht genannten Gutachter

ihre theoretischen Kritikpunkte ebenfalls dort und damit der Öffentlichkeit darstellen.

13. Nun ein Gipfel im Verwirrspiel: Die beiden Gutachter, so die Redaktion am 27. Oktober mit nunmehr dritter Version der Ablehnung, seien „nicht daran interessiert, ihre Stellungnahmen zu veröffentlichen“, weil diese sich nur „auf Stil- und Formfragen, nicht auf den Inhalt bezogen“ hätten.

Soweit – kein Drehbuch für einen Krimi im Akademikerambiente, sondern schlicht einige Auszüge aus einem allerdings an Zumutungen für den Autor reichen Tagebuch einer E-Mail-Korrespondenz. Ungeheuerlich die Gemengelage, die einen Autor immer wieder zu aufwendigem Konzipieren und Schreiben veranlasst, wohl ohne ihn ernsthaft das Wort geben zu wollen. Doch lassen wir Personen außen vor und wenden uns dem gesellschaftlichen Schauplatz zu, bei dem der *Leviathan* auch nur als LehrBühne herzuhalten braucht. Peer reviewing heißt das gute modische Stück. „Ich komme von meinem Aberglauben nicht los, dass wir die entscheidenden Dinge nur in der eigenen Sprache sagen können“, meinte mal Adorno. Die Zeitschrift hat sich „die Analyse zur Aufgabe gemacht“, so sie selbst – als Medium zur Aufklärung durch Diskurs. Damit wird sie zur Institution, in der über Zugangschancen der Artikulation und deren öffentlicher Wahrnehmung entschieden wird. Dieses Privileg der Gewährung von Entfaltungs- und Freiheitsspielräumen verantwortlich zu realisieren setzt Unabhängigkeit voraus, die institutionell gesicherter Kultur bedarf. Der *Leviathan* – und da steht er eben nicht allein auf dünnem Parkett – hat kein Redaktionsstatut, doch pflegt er eine vielleicht affin gedachte Übung der Beteiligung von Gutachtern zur Beurteilung eingereichter Artikel. Diese müsste aber typischen Belastungsproben standhalten, statt zu dulden, wie im dargestellten Fall nicht ausgeschlossen, dass ein Autor zugleich als Gutachter in eigener Sache und zudem noch als Herausgeber agieren darf. Im Kant'schen Sinne wird der Redaktion dabei Unmündigkeit zugewiesen und wissenschaftliche Innovation einem nicht transparenten Zulassungsverfahren unterworfen. Zeit, dass Wissenschaft von hohen Rössern des Predigens Habermas'scher Postulate an die Gesellschaft herabsteigt und sich auch der Strukturen selbstkritisch annimmt, die ihre eigenen Felder von „Diskurskultur“ bestellen.

Welt Trends *Thesis*

Diplom, Magister oder **Master** erfolgreich abgeschlossen?

Ein interessantes **Thema** bearbeitet?

Neues herausgefunden?

Dann veröffentlichen wir Ihre Arbeit!

Schnell und preiswert – und doch eine vollwertige Publikation: Die WT-*Thesis*

Bisher erschienen:

- 1 | Nina Kolleck: Von Alaska bis Feuerland? Hegemonie und die FTAA
- 2 | Die „dritte Generation“ – Essays zu den deutsch-polnischen Beziehungen
- 3 | Christian Kube: Immigration und Arbeitskämpfe in den USA
- 4 | Franziska Krämer: Deutsche Kosovopolitik 1999-2007
- 5 | Julia Bar: Wasserkonflikte in Zentralasien

Wenn Sie an der Publikation einer eigenen WT-*Thesis* interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Herrn Jochen Franzke (0331-9774540 oder franzke@uni-potsdam.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|--|
| 1 Nachdenken über Europa | 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten |
| 2 Autoritäre Regime | 8 Regieren in Brandenburg |
| 3 Grenzen der EU | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 11 Atomare Rüstung und Abrüstung heute |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de
www.welttrends.de



Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Tel.: +49 (0)331 977-4623

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ☐ ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ☐ ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ☐ ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- ☐ *WeltTrends* Nr. []
zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ☐ ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- ☐ Rechnung
- ☐ Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 65 Krieg im Nahen Osten | 32 Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 64 Konflikttherd Kaukasus | 31 Recht in der Transformation |
| 63 Geopolitik Ost | 30 Fundamentalismus |
| 62 Zerrissene Türkei | 29 Die autoritäre Herausforderung |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 60 Russische Moderne | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 58 Regionalmacht Iran | 25 Dezentralisierung und Entwicklung |
| 57 Ressource Wasser | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 23 Kooperation im Ostseeraum |
| 55 G8 Alternativ | 22 Die Ostgrenze der EU |
| 54 Identität Europa | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 53 Rotes China Global | 20 Demokratie in China? |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 19 Deutsche und Tschechen |
| 51 Geheime Dienste | 18 Technokratie |
| 50 Kerniges Europa | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 49 Militär in Lateinamerika | 16 Naher Osten - Region im Wandel? |
| 48 Internet Macht Politik | 15 Identitäten in Europa |
| 47 Europäische Arbeitspolitik | 14 Afrika - Jenseits des Staates |
| 46 Globale Finanzmärkte | 13 Deutschland und Polen |
| 45 Von Dynastien und Demokratien | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 44 Modernisierung und Islam | 11 Europa der Regionen |
| 43 Großmächtiges Deutschland | 10 NATO-Osterweiterung |
| 42 Europäische Außenpolitik | Sonderheft Russland und die GUS |
| 41 Transatlantische Perspektiven II | 9 Gewalt und Politik |
| 40 Transatlantische Perspektiven | 8 Reform der UNO |
| 39 Wohlfahrt und Demokratie | 7 Integration im Pazifik |
| 38 Politisierung von Ethnizität | 6 Zerfall von Imperien |
| 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? | 5 Migration |
| 36 Gender und IB | 4 Geopolitik |
| 35 Krieg im 21. Jahrhundert | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? | 2 Chaos Europa |
| 33 Entwicklungspolitik | 1 Neue Weltordnung |

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Menschen im Wandel

PTB 11: Das Castro-Regime auf Kuba

PTB 12: Deutsche Außenministerien

PTB 13: Die Babelsberger Diplomatenschule

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de



Welt Trends

ISSN 1864-0656
ISBN 978-3-940793-67-6